
Akademie der Arbeit
in der Universität Frankfurt am Main

Mitteilungen
Neue Folge 35

Als Manuskript gedruckt
März 1985

Inhalt

	Seite
Vorwort	1
Zur Eröffnung des 50. Lehrgangs der Akademie der Arbeit am 9. Mai 1984	
der Leiter der Akademie Dr. Diether Döring	2
die Vorsitzende des Kuratoriums Ilse Brusis	4
der Hessische Sozialminister Armin Clauss	12
der Dezernent für Soziales, Jugend und Wohnungswesen der Stadt Frankfurt Karl.-H. Trageser	15
der Präsident der Universität Frankfurt Prof. Dr. Hartwig Kelm	18
Referat Willy Brandt: „Partei – Gewerkschaften und Arbeiterbewegung“	21
Anhang	31
Freunde und Förderer der Akademie der Arbeit e.V.	32
Forschungsprojekt an der Akademie der Arbeit	34
Verzeichnis der Lehrveranstaltungen des 50. Lehrgangs	35
Die Organe der Akademie der Arbeit	38
Lehrkräfte der Akademie der Arbeit	39
Teilnehmer des 50. Lehrgangs der Akademie der Arbeit	40

Vorwort

Im Lehrgangsjahr 1984/85 konnte die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt ihren 50. Lehrgang durchführen.

Anläßlich der Eröffnung dieses Lehrgangs fand am 9. Mai 1984 in der Aula der Universität ein Festakt statt, zu dem Ilse Brusis vom Bundesvorstand des DGB (zugleich Vorsitzende des Kuratoriums der Akademie), der Hessische Sozialminister Armin Clauss, Stadtrat Karl-H. Trageser als Vertreter der Stadt Frankfurt sowie der Präsident der Universität, Professor Dr. Hartwig Kelm, Vorträge hielten, in denen sie die Arbeit der Akademie in den vergangenen Jahren würdigten.

Als besondere Ehre empfand es die Akademie der Arbeit, daß sich der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Altbundeskanzler Willy Brandt bereit erklärt hatte, ein Referat zum Thema: „Partei – Gewerkschaften und Arbeiterbildung“ zu halten, in welchem er – aus dem reichen Fundus seiner persönlichen Erfahrungen schöpfend – auf die Bedeutung der Akademie im Zwischenbereich von Wissenschaft und Politik sein Augenmerk legte.

Mit dieser Ausgabe der Mitteilungshefte der Akademie der Arbeit wollen wir den Festakt dokumentieren.

Ansprache des Leiters der Akademie

Die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt, deren 50. Lehrgang wir heute eröffnen, stellt im Grunde den Versuch dar, Arbeiterbildung in der Kooperation von Gewerkschaften, Staat und Universität zu betreiben. Von seiten des Staates beruhte und beruht die stets starke (auch finanzielle) Unterstützung einer Einrichtung der Arbeiterbildung im Grunde auf dem Anerkenntnis, daß eben auch eine Ausbildung, die letztlich der wirklichen Ausfüllung von demokratischen Rechten dient, eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse darstellt. Dieses Anerkenntnis kann auch heute nicht gering geachtet werden – jedenfalls ist es sicher keine Selbstverständlichkeit in der deutschen Bildungslandschaft.

- Die Möglichkeit, eine Institution der Arbeiterbildung in einer Universität betreiben zu können, hat im Grunde die Entscheidung der Gewerkschaften zur Voraussetzung, in der Bildung ihrer Funktionäre mehr auf die langfristig wirksameren Effekte einer wissenschaftlichen Orientierung zu vertrauen – anstatt entweder auf eine kurzatmige Ausbildung unter organisationstechnischen Gesichtspunkten oder gar vorrangig auf bloße politische Schulung zu setzen.

Die Universität hat diese Institution in ihren Mauern stets tatkräftig gefördert; äußerlich gesehen hat sie das durch die Gestellung von Räumen und durch die Mitwirkung vieler Hochschullehrer in den Lehrgängen der Akademie getan – allerdings auch durch die Mitwirkung der Universitätsleitung an den Planungen und Entscheidungen z. B. über die Lehrinhalte. Noch wichtiger erscheinen mir aber jene schwer meßbaren Einflüsse, die letztlich auf das Niveau der Akademie von der engen, oft persönlich geprägten Zusammenarbeit ausgegangen sind.

- Die Stadt Frankfurt ist ein weiterer traditioneller Partner der geschilderten Zusammenarbeit. Vorschläge aus der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung standen 1920 einmal am Anfang der Verhandlungen mit der damaligen preußischen Regierung und der Leitung dieser Universität, die schließlich am 2. Mai 1921 zur Eröffnung des 1. Lehrgangs führten. Die Stadt Frankfurt hat auch später die Akademie über lange Jahre hinweg durch die Entsendung von ausgewählten Bediensteten in das Studium unterstützt, und – dies sei auch erwähnt – sie leistet bis heute einen finanziellen Beitrag zu dieser Institution. Auch dafür ist hier zu danken.

Für jeden der soeben angesprochenen Partner dieser Kooperation wird nachfolgend ein(e) an verantwortlicher Stelle tätige(r) Repräsentant(in) zu Ihnen sprechen. Es ist dies zunächst Frau Ilse Brusis für den Bundesvorstand des

Deutschen Gewerkschaftsbundes; sie ist zugleich Vorsitzende des Kuratoriums der Akademie der Arbeit. Im Anschluß daran spricht für das Land Hessen als dem zweiten gleichberechtigten Träger der Stiftung Akademie der Arbeit Herr Sozialminister Armin Clauss (selbst ein Absolvent dieser Akademie und stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender). Für die Stadt Frankfurt am Main wird Herr Stadtrat Trageser einige Worte an Sie richten. Es folgt der Präsident dieser Universität, Herr Professor Dr. Hartwig Kelm. Anschließend bitten wir Herrn Willy Brandt um sein Referat zum Thema „Partei – Gewerkschaft und Arbeiterbildung“.

Ilse Bruns

(Mitglied des Geschäftsführenden
Bundesvorstandes des DGB)

Rede der Vorsitzenden des Kuratoriums

Meine Herren und Damen, liebe Kollegen und Kolleginnen!

Als das für Akademien zuständige Vorstandsmitglied des DGB und als Vorsitzende des Kuratoriums der AdA habe ich die Ehre, anlässlich der Eröffnung des 50. Lehrgangs der Akademie für den Deutschen Gewerkschaftsbund zu Ihnen zu sprechen.

Ich begrüße die Hörer des neuen Lehrgangs. Unter den vielen ehemaligen Hörern der Akademie gilt mein besonderer Gruß dem Vertreter des Landes Hessen, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Kuratoriums der Akademie, Herrn Sozialminister Clauss.

Mein Gruß gilt auch dem Präsidenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Herrn Professor Kelm, und Herrn Sozialdezernent Trageser als Vertreter der Stadt Frankfurt.

50 Lehrgänge der Akademie, das sind aus der Sicht des DGB zugleich 63 Jahre gemeinsamen Weges in der Tradition der deutschen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung seit der Gründung der Akademie im Jahre 1921. Daß wir heute erst den 50. und nicht den 63. Lehrgang eröffnet liegt daran, daß die Arbeit dieser Akademie – wie die der Gewerkschaften – 1933 durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft unterbrochen wurde.

Natürlich hat es seit 1921 einen Wandel in den Zielen, den Funktionen und nicht zuletzt im Selbstverständnis der Akademie gegeben, einen Wandel, der stets einen engen Bezug zur Entwicklung der Gewerkschaften hatte.

Die letzten 35 Jahre seit Gründung des DGB sind vor allem durch das Prinzip der Einheitsgewerkschaft im Sinne des gemeinsamen Handelns unterschiedlicher parteipolitischer Parteien gekennzeichnet.

Für die frühen Jahre der Weimarer Republik hingegen waren einheitsgewerkschaftliche Bestrebungen und Überlegungen durchaus nicht selbstverständlich, wenngleich durch das Betriebsrätegesetz und mit der gemeinsamen erfolgreichen Abwehr des Kapp-Putsches durch die Richtungsgewerkschaften auch Schritte zu einer gemeinsamen Organisationsform nahegelegen hätten.

Immerhin ist mit der Gründung der Akademie der Arbeit der Gedanke einer gemeinsamen Organisationsform erstmals institutionell verwirklicht worden:

An ihr waren neben dem preußischen Staat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), alle weiteren gewerkschaftlichen Verbände einschließlich der christlichen und der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften beteiligt.

Nach dem Vertrag von 1921 oblag der Akademie die „hochschulmäßige Ausbildung nicht akademisch vorgebildeter Personen aus den Kreisen namentlich der Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Wahrnehmung ihrer Tätigkeit in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Selbstverwaltung“, „Fachbildung und parteipolitische Schulung“ wurden vertraglich ausgeschlossen.

Ein weiterer Vertrag vom 17. 1. 1924 gab der Akademie die seither den wissenschaftlichen Hochschulen Deutschlands zugesprochenen Rechte „der akademischen Selbstverwaltung“. Erneut betont dieser Vertrag die Notwendigkeit des „hochschulmäßigen“ Unterrichts, hauptsächlich in der „Wirtschafts- und Gesellschaftslehre, der Rechts- und Staatslehre“.

Das gemeinsame Interesse aller Richtungsgewerkschaften an der Akademie kam in der Zusammensetzung der Lehrgänge zum Ausdruck:

Zwar stellte der ADGB (wegen der höchsten Mitgliederzahl) das Hauptkontingent der Hörer; doch entsandten die anderen an der Gründung der Akademie beteiligten Verbände etwa $\frac{1}{3}$ der Gesamtzahl der Hörer.

Angesichts der Zusammensetzung der Lehrgänge mit in der Regel bereits durch die berufliche Tätigkeit qualifizierten Arbeitnehmern mit sehr unterschiedlichen und konkurrierenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Anschauungen, ist die Frage interessant, inwieweit die Akademie ihrem Bildungsauftrag und den Anforderungen an „Wissenschaftlichkeit“ und „Überparteilichkeit“ gerecht werden konnte.

Eine solche Bewertung ist auf dem Hintergrund massivster politischer und sozialer Konflikte – auch unter den Parteien in der Arbeiterbewegung – vorzunehmen.

Dazu die rückblickende Erinnerung von ehemaligen Hörern: Heinrich Sauer, Teilnehmer des Lehrgangs 1924/25, der im März 1947 Präsident des Landesarbeitsamtes Hessen wurde, stellte ihr 1931 das Zeugnis aus, daß sie die „Erziehung zur verantwortungsbewußten Mitarbeit der Arbeiterschaft in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft... ungemein gefördert habe“.

Ausdrücklich verweist er auf die nicht zu unterschätzende Bedeutung... „der Erziehung zur politischen, religiösen und weltanschaulichen Toleranz“, die zur Achtung vor der Überzeugung Andersdenkender zwingt. Gleiche Anerkennung zollte er der „Schulung zum nüchternen, realpolitischen Denken“.

Die Toleranz unter den Hörern, die sich im Zusammenleben und in den Arbeitsgemeinschaften offenbar bewährte sowie die Offenheit in den Diskussio-

nen und den Aussprachen zwischen Dozenten und Hörern werden für die 12 Lehrgänge bis zur Schließung der Akademie im Jahre 1933 überwiegend positiv bewertet.

Bemerkenswert ist, daß sieben Hörer aus den christlichen Gewerkschaften des Lehrgangs 1929/1930 nach Abschluß des Lehrgangs in einem Brief an den Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaft noch einmal Stellung nahmen zu den Befürchtungen, daß sich innerhalb des Lehrbetriebs der Akademie der weltanschauliche Einfluß der freien Gewerkschaften zu stark bemerkbar mache. Sie betonen, daß „die Stoffanordnung und Zusammenstellung keinen Anlaß böten, vom „christlichen Standpunkt aus etwas Nachteiliges einzuwenden“.

Daß es sich darüber hinaus an der Akademie um einen kollektiven Lernprozeß zwischen Lehrenden und Lernenden handelte, belegen die Einschätzungen verschiedener Dozenten: So heißt es bei dem Rechtswissenschaftler Professor Giese nach 7jähriger Lehrtätigkeit an der Akademie: „Wenn es je zutrifft, daß der Lehrende auch von seinen Schülern sehr viel lernen kann, so bewahrheitet es sich für die Dozenten der Akademie der Arbeit.“

Doch es sollte nicht verschwiegen werden, daß die Existenz der Akademie immer eng mit dem Schicksal der sie tragenden Organisationen verbunden war:

So spiegelte sich in den Jahren 1922 bis 1924 die schwindende Finanzkraft der Verbände — bedingt durch ökonomische Krisen und die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt und damit verbundene rückläufige Mitgliederzahlen — in der Besucherfrequenz der Lehrgänge wieder.

Nach 72 und 59 Teilnehmern der Lehrgänge 1921/1922 und 1922/1923, besuchten auf dem Höhepunkt der Inflation im Jahre 1923 nur noch 37 Teilnehmer den 3. Lehrgang, von denen neun im Herbst 1923 die Akademie wieder verlassen mußten, da den Verbänden die Mittel zum Unterhalt der Hörer auf der Akademie und zur Unterstützung ihrer Familien fehlten.

Dieser Zusammenhang läßt Probleme erkennen, die wir auch aktuell — wenn auch unter völlig anderen gesellschaftlichen Bedingungen als in der Weimarer Zeit — nicht übersehen dürfen.

Zumindest an mein Ohr dringt in letzter Zeit die Feststellung und Frage zugleich: „Bildung kostet viel Geld, was bringt's eigentlich“ zu oft. Diese Frage gilt es später noch einmal aufzunehmen.

An die Zeit des Nationalsozialismus schlossen sich unmittelbar nach 1945 Bemühungen an, die Akademie der Arbeit wieder zu gründen. Drei ehemalige Hörer — Willi Richter, der spätere DGB-Vorsitzende, Heinrich Sauer und Franz-Josef Furtwängler ergriffen mit Unterstützung vieler anderer Kolleginnen und Kollegen die Initiative.

In Anlehnung an die Prinzipien vor 1933 stellte der „Vorbereitende Ausschuß zur Wiedergründung“ heraus, daß es sich bei der Akademie „in keiner Weise um eine pädagogische Volksküche handele, deren Einbau das Niveau der Universität... gefährden könne“, die Hörer der Akademie, „eine hochwertige Auslese von 50 bis 70 Personen“, unterschieden sich nicht „durch geringere Qualität, vielmehr durch Andersartigkeit in Voraussetzungen und Zielsetzung von den Studenten der Fakultäten.“ Ferner handelte es sich nicht um eine „Parteienschule“, sondern um ein im weitesten Sinne sozialwissenschaftliches Lehrinstitut für Angehörige (Arbeiter, Angestellte und Beamte) „aller“ Gewerkschaften.

Schließlich gelang es trotz aller Widernisse, bereits 1947 den Lehrbetrieb aufzunehmen; damit wurde die Akademie zur „ersten wiederentstandenen Gemeinschaftseinrichtung der deutschen Gewerkschaften“.

Bemerkenswert auch: das erste Kuratorium war noch gesamtdeutsch besetzt; und es umfaßte nun Vertreter der hessischen Landesregierung. Der Lehrplan lehnte sich in den Grundzügen an die Struktur und den Aufbau der Lehrpläne der letzten Jahre der alten Akademie an.

Im Mittelpunkt der ersten Anstrengungen standen unter den Bedingungen der Nachkriegswirren keineswegs weltanschauliche Differenzen, sondern in der Regel höchst praktische Fragen wie der Wohnraumbeschaffung für die Hörer und vor allem der Finanzierung des Lehrbetriebs.

Zur Bedeutung der Akademie haben sich immer wieder auch prominente Wissenschaftler der Frankfurter Universität geäußert.

Professor Dr. Fritz Neumark, der im letzten Jahr das Referat anlässlich der Lehrgangseröffnung gehalten hat, würdigte 1955 als Rektor der Universität die Gemeinsamkeiten von Akademie und Universität:

„Wenn auch in mancher Hinsicht zweifellos Unterschiede zwischen der Akademie der Arbeit und der eigentlichen Universität bestehen, so ist doch beiden vieles gemeinsam – gemeinsam nicht zuletzt, daß für beide die Universität im engeren Sinne und ihre Anstalt – die Akademie gilt, daß hier kein Glaube an Dogmen, an Autoritätsbeweise herrschen darf“.

Anlässlich des 40jährigen Bestehens der Akademie im Jahre 1961 stellte Max Horkheimer fest: „Natur und Mensch zu beherrschen, selbst die Wirtschaft zu verwalten, lehrt die Wissenschaft, aber auch dafür, daß die Menschen ihre Abhängigkeit durchschauen und in steigendem Maße sich selbst bestimmen können, hält sie Methoden und Ergebnisse bereit.“

Sie zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, in der Richtung auf Selbsterkenntnis und größtmögliche Autonomie, gehört zur Praxis der Gewerkschaften, zur Erziehung des Nachwuchses, des Funktionsapparates sowie der Mitglieder.

Dabei bedarf es "... der Förderung bestimmter Forschungszeige, die mit der gewerkschaftlichen Tätigkeit näher zusammenhängen als es zunächst scheinen mag, der Stärkung und gegebenenfalls des Ausbaus solcher Institutionen wie der Akademie ...".

Meine Herren und Damen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

bewußt habe ich die Einschätzungen von kompetenten Vertretern der Wissenschaft ausgewählt, um mich nicht in Gefahr zu bringen, als Kuratoriumsvorsitzende — und damit etwas befangen — die Akademie allzu positiv darzustellen.

Eine ganze Reihe von Diskussionen mit Hörern und Dozenten der Akademie der Arbeit haben mir deutlich gemacht, daß — unabhängig der Traditionsbelastung im positiven Sinne — die Akademie der Arbeit wie auch unsere Sozialakademie in Dortmund einzigartige Bildungseinrichtungen in unserem gesamten Bildungssystem darstellen.

80 Studienplätze können wir anbieten, um durch eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis Arbeitnehmern Qualifikationen zu vermitteln, die sie in die Lage versetzen, an der Entwicklung unseres Gesellschaftssystems mitzuarbeiten. Partizipation, Mitbestimmung heißt Teilhabe, heißt Mitmachen und nicht daneben stehen und zuschauen, wie andere die Lebensbedingungen verändern. Denn bei den „anderen“, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir nicht unbedingt voraussetzen, daß sie solche gesellschaftlichen Veränderungen in unserem Sinne vornehmen; dies wird uns in unserem Lande sehr drastisch und deutlich vorgeführt.

Mitmachen, nicht daneben stehen und zuschauen, sich engagieren ist eines der Prinzipien des Studiums an dieser arbeiterbildenden Akademie. Das wird auch für den heute beginnenden 50. Lehrgang gelten. Sein Beginn fällt in die Zeit einer tarifpolitischen Auseinandersetzung, die durch das Verhalten der Unternehmer und der Bundesregierung zu einem der heftigsten Tarifikämpfe, ja möglicherweise zu einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung werden kann, wie sie die Bundesrepublik in ihrer Geschichte noch nicht erlebt hat.

Ihr werdet, Kolleginnen und Kollegen, teilhaben an diesen Vorgängen, nicht nur durch akademisches Beobachten und Analysieren, sondern als engagierte Gewerkschafter, da bin ich sicher, auch durch aktive Unterstützung der kämpfenden Gewerkschaften und mit den Euch zur Verfügung stehenden Möglichkeiten.

Die Solidarität vieler, das ist das, was die Gewerkschaften der wirtschaftlichen Macht wenigstens entgegensetzen können. Solidarität vieler, darauf ist selbst eine so große und mächtige Organisation wie die IG Metall in einer solchen Auseinandersetzung angewiesen. Wir sollten sie in diesen Tagen oder Wochen durch tatkräftige Unterstützung zeigen, wo immer dies möglich ist.

Es lohnt sich, um diese Institution zu kämpfen, sie ökonomisch abzusichern und ihr – auch von Seiten der Gewerkschaften – das notwendige Maß an Unabhängigkeit für offene Diskussion und Auseinandersetzung zu sichern.

Nur jemand, der nicht an Lernprozessen interessiert ist, kann die Erwartung formulieren, daß der Ablauf der Lehrgänge frei von Konflikten und politischen Kontroversen zu sein habe.

Wenn nicht hier, wo soll denn dann sonst gestritten und gerungen werden, wo und wie soll man argumentative Auseinandersetzung erfahren und damit lernen?

Dies ist kein Widerspruch zu dem Gebot der Toleranz gegenüber anderen Auffassungen gerade in einer so großen Organisation wie einer Einheitsgewerkschaft.

Nein, meines Erachtens ist es Voraussetzung, um überhaupt Toleranz zu lernen und ein Gefühl dafür zu bekommen, was sich hinter diesem Begriff verbirgt.

Dies ist neben der Präsentation von Inhalten, neben der Vermittlung von Kenntnissen, ein wesentlicher Anspruch, den wir an die Akademie richten.

Daß es hierbei nicht um Konflikte um jeden Preis, aber auch nicht um Duckmäusertum aus Angst vor eben diesen Konflikten gehen darf, kann der neue Lehrgang zeigen. Ich wünsche mir jedenfalls weder einen Debattierclub, noch Kolleginnen und Kollegen, die das hier verbreitete Wissen nur konsumieren und glauben, dies reiche zur Bewältigung der vor uns liegenden Aufgaben aus.

Wie läßt sich sonst die Wirksamkeit, der Erfolg der Tätigkeit der Akademie messen? Ich glaube, daß wir anhand der Biographien von Akademie-Absolventen, anhand von beruflichen, politischen und gewerkschaftlichen Werdegängen den Erfolg ablesen können.

Auf der Grundlage von Untersuchungen, die die Akademie regelmäßig über den Verbleib ihrer Teilnehmer durchführt, läßt sich für die letzten 30 Jahre feststellen, daß eine große Zahl von Absolventen in wichtige gewerkschaftliche Positionen gelangt sind.

Als Mitglieder von geschäftsführenden Vorständen der Mitgliedsgewerkschaften, als Kreisvorsitzende beim DGB, als Bezirksleiter, Geschäftsführer,

Bevollmächtigte und so weiter bei den Mitgliedsgewerkschaften. Andere sind in der Politik, der Kommunalverwaltung, der Gemeinwirtschaft und anderswo mehr tätig.

Stellvertretend für die Absolventen der Lehrgänge seit 1947 nenne ich Hans Mayr, den Vorsitzenden der IG Metall – er war Teilnehmer des Lehrgangs 1949/50, und Adolf Schmidt, den 1. Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie, Teilnehmer des Lehrgangs 1950/51. Und nicht zuletzt: Auch der hessische Sozialminister Armin Clauss hat die Akademie besucht.

In diesem Zusammenhang muß ich jedoch betonen, daß das traditionelle und aktuelle Ziel der Akademie nicht darin bestand, primär Sekretärs-Ausbildung zu betreiben. Für die Effektivität gewerkschaftlicher Arbeit kommt es ebenso darauf an, daß sich möglichst viele organisierte Arbeitnehmer für ihre ehrenamtliche Tätigkeit in Betrieben und Verwaltung durch ein Studium an der Akademie qualifizieren. Dieser Aspekt darf nicht in Vergessenheit geraten.

Gerade wegen der sehr unterschiedlichen Zusammensetzung der Lehrgänge nach Alter und Geschlecht, nach Arbeitern, Angestellten und Beamten, nach unterschiedlichen Schulabschlüssen, beruflichen Ausbildungsgängen und berufspraktischen Erfahrungen, nach unterschiedlicher regionaler Herkunft, politischer, weltanschaulicher und religiöser Orientierung kommt aus didaktisch-methodischer Sicht dem „Miteinander-Voneinander-Lernen“ an der Akademie eine erhebliche Bedeutung zu.

Ich möchte noch die Frage aufgreifen, ob und inwieweit die Akademie dem eingangs genannten Kriterium nach „wissenschaftlicher Ausbildung“ entspricht. Dabei spielen für den DGB und die Mitgliedsgewerkschaften ohne Frage auch das Anforderungsprofil und Berufsbild des Gewerkschaftssekretärs eine Rolle.

Die Beantwortung dieser Frage ist nicht allein aus der Analyse der Vorlesungsverzeichnisse möglich: Denn nach der Gewichtung der Hauptlehrgebiete an der Gesamtstundenzahl der Lehrgänge ergeben sich relativ gleiche Anteile der Kernfächer Ökonomie, Recht und Sozialpolitik. Dies wird deutlich, wenn man die Verzeichnisse der Lehrgänge 1921/22 1947/48 und 1983/84 vergleicht.

Bei tatsächlicher Kenntnis der Schwergewichte innerhalb der Lehrfächer kann man jedoch feststellen, daß das Curriculum regelmäßig überarbeitet und „wissenschaftlich“ und problemorientiert auf den neuesten Stand gebracht wurde. Insbesondere die mit dem technischen und sozio-ökonomischen Wandel für die Gewerkschaften und abhängig Beschäftigten entstehenden rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen sind immer auch Gegenstand der Behandlung in den Lehrveranstaltungen der Akademie. Dies gilt insbesondere für die technischen, politischen, sozialen Veränderungen der letzten Jahre.

Im Hinblick auf die Teilnehmerstruktur der Lehrgänge in den letzten Jahren lassen sich einige positive Entwicklungen vermerken.

So hat der Anteil der Arbeiter zugenommen und lag in den letzten Lehrgängen zwischen 50 und 60 %.

Der Anteil der Kolleginnen war ebenso auf nahezu 25 % angestiegen; leider ist der Prozentsatz im Jubiläumslehrgang sehr viel geringer.

In der Vergangenheit haben verschiedentlich Kolleginnen und Kollegen aus Entwicklungsländern an den Lehrgängen der Akademie teilgenommen, die beispielsweise über die Friedrich-Ebert- und Konrad-Adenauer-Stiftung entsandt wurden. Für die nächsten Jahre beabsichtigt der DGB, zu den Lehrgängen der Akademie Teilnehmer aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung einzuladen. Am gegenwärtigen 50. Lehrgang nimmt bereits ein Kollege aus der israelischen Baugewerkschaft teil. Was für die letzten 50 Lehrgänge galt, wird auch für die nächsten 50 unveränderte Bedeutung haben.

Die Entwicklung der ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse, ihre Rückwirkung auf die Gewerkschaften, werden ausstrahlen auf die Zusammensetzung der Lehrgänge, die Inhalte und auf die Art und Weise, wie gearbeitet, diskutiert und gestritten wird.

Die tiefgreifende ökonomische Krise der letzten Jahre hat bereits gezeigt: Die Zahl der Bewerber sinkt, wenn die Teilnahme an einem Studium mit dem Risiko des Arbeitsplatzverlustes und immer unsicherer werdenden Perspektiven verbunden ist.

Freistellung für die Lehrgangsteilnahme zu erhalten, war aufgrund der Positionen der Arbeitgeber zu der Akademie schon immer schwierig. Mittlerweile ist es in vielen Bereichen schier unmöglich.

Unabhängig von der Zahl der Hörer steigt der Finanzplan der Akademie trotz sparsamster Haushaltsführung.

Bei allem Dank, den der DGB dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt für ihre Beteiligung an der Finanzierung der Akademie der Arbeit zollt, ist damit die Bitte verbunden, daß beide Partner neben dem DGB die notwendige ökonomische Absicherung der Akademie nicht aus den Augen verlieren. Wer es mit dem Anspruch mehr „Demokratie wagen“, der positiven Interpretation des Begriffes „Hilfe zur Selbsthilfe“ ernst meint, muß ein politisches Interesse an der Erhaltung der Akademie der Arbeit haben.

Ich wünsche der Akademie in diesem Sinne weiterhin eine erfolgreiche Arbeit.

Ansprache des Hessischen Sozialminister

Zu Beginn des 50. Lehrgangs überbringe ich Ihnen die guten Wünsche der hessischen Landesregierung. Die Akademie der Arbeit nimmt seit ihrer Wiedereröffnung im Jahre 1946 im Hessischen Bildungswesen einen festen Platz ein. Sie ist eine leistungsfähige Bildungseinrichtung der Arbeitnehmerschaft. Über diesen Erfolg freue ich mich nicht nur als zuständiger Ressortminister des Landes Hessen und Mitglied des Kuratoriums, sondern auch als ehemaliger Lehrgangsteilnehmer.

Die Akademie der Arbeit wurde am 2. Mai 1921 nach langen, schwierigen Vorarbeiten offiziell eröffnet. Wenn wir die Zwangspause von März 1933 bis zum April 1946 durch das nationalsozialistische Regime von der inzwischen vergangenen Zeit abziehen, fällt die heutige Feier des 50. Lehrgangs nach meiner Berechnung mit dem „echten“ 50. Lebensjahr zusammen. Wir hätten also doppelten Grund zu feiern.

Im Eröffnungsjahr 1921 begannen 72 Hörer, darunter eine Hörerin ihre Arbeit in der Akademie. Seit ihrer Eröffnung haben insgesamt 2 283 Lehrgangsteilnehmer die Akademie der Arbeit besucht. Allerdings waren nur 181 Frauen darunter. Im Vergleich zur Vorkriegszeit, als auf 582 Männer 24 Frauen kamen, hat sich diese Quote aber für die Zeit von 1946 bis heute verdoppelt.

Diese Zahlen kennzeichnen die Stetigkeit und die Bedeutung der hier geleisteten gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.

Max Horkheimer sagte zum 40jährigen Bestehen der Akademie der Arbeit: „Bildung im Sinne der Gewerkschaften gründet im Verständnis der Gesellschaft, in der Erkenntnis der eigenen Möglichkeiten und des richtigen Ziels.“ Er knüpfte damit an Hugo Sinzheimer an, der 1920 als Ziel vorgegeben hatte: „Die Arbeiterbewegung muß sich mit neuen Mitteln den geistigen Dingen zuwenden, wenn sie auf Dauer die Möglichkeiten zu ihrem Vorteil ausnutzen will, welche die politische und wirtschaftliche Demokratie unserer Zeit ihr bieten.“

Sinzheimer sah die Aufgabe der Akademie im wesentlichen darin, die Entwicklung der Fähigkeit zur Mitarbeit an der Demokratie „nicht weiter dem Zufall zu überlassen.“

Gerade heute zeigt sich, wie wichtig es ist, rechtzeitig das sozial Falsche erkennen zu können. Gerade heute ist es wichtig, den Willen und die Fähigkeit zu entwickeln, rechtzeitig gegenzusteuern.

Mit relativ bescheidenen Mitteln werden in der Akademie die großen Themen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat behandelt. Komplexe Problemkreise müssen in kurzer Zeit aufgearbeitet werden. Die unterschiedlichen Vorbildungen der Teilnehmer an den Lehrgängen macht diese Aufgabe nicht leicht.

Aber die bisherigen Ergebnisse der Arbeit der Akademie zeigen, daß sie mit diesen Schwierigkeiten fertig geworden ist. Sie wird dabei unterstützt durch die partnerschaftliche Kooperation mit der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Seit ihrer Wiedereröffnung nach dem Krieg hat die Akademie der Arbeit mit der Universität eng zusammengearbeitet. 1979 wurde darüber ein Kooperationsvertrag geschlossen.

Seitdem sind die gegenseitigen Beziehungen weiter ausgebaut und gefestigt worden. Die Hörerinnen und Hörer der Akademie der Arbeit können Universitätsveranstaltungen besuchen, die Studierenden der Universität können in die Akademie kommen um ihr Studium wertvoll zu ergänzen.

Diese Kooperation ist aus der hessischen Bildungspolitik, die sich in hohem Maß der Chancengleichheit und der Bildung gerade der benachteiligten Schichten besonders verbunden fühlt, nicht wegzudenken.

In der Akademie der Arbeit lernen Menschen gemeinsam, die sich den Arbeitnehmerinteressen besonders verpflichtet fühlen. In der Regel wollen sie auch nach Abschluß ihrer Ausbildung in der Akademie der Arbeit ihren Einsatz für die Arbeitnehmer fortführen. Sie geben dafür nicht selten einen sicheren Arbeitsplatz auf; und es ist gegenwärtig nicht leicht, entsprechende Anschlußbeschäftigungen zu finden. Der Entschluß, einen Kurs hier in der Akademie zu besuchen, wird auch nicht mit einem Zertifikat belohnt, das einem in der heutigen „Zertifikatgesellschaft“ die Tür zu höherem Einkommen und Ansehen aufstößt. Hier wird eine „Elite“ anderer Art ausgebildet, als sie den Herren Kohl und Genscher vorschwebt.

Der Entschluß, diese Akademie zu besuchen, wird vor allem von zwei Motiven bestimmt:

- Verbesserung des individuellen Bildungsstandes und
- Schaffung besserer Voraussetzungen für die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen in der Auseinandersetzung mit dem Sozialpartner.

Ohne Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei den Entscheidungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist unser demokratisches System unvollständig. Die Teilnehmer an den Lehrgängen wollen sich für die Wahrnehmung solcher Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte in den Gewerkschaften, Betrieben, Genossenschaften, Verwaltungen und anderen Einrichtungen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens schulen und weiterbilden. Deshalb wird die Landesregierung die Akademie der Arbeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch weiterhin so weit wie möglich fördern.

Schon bisher trägt das Land deshalb etwa die Hälfte der im Haushalt der Akademie veranschlagten Kosten, der DGB die andere Hälfte. Die Pattsituation im Hessischen Landtag hat in den vergangenen Jahren leider zu einem Stillstand in der Mittelzuweisung geführt. Mit dem Haushalt 1984 soll dies jedoch überproportional ausgeglichen werden.

Gemeinsam mit dem DGB wollen wir gleichzeitig zu guten Rahmenbedingungen für eine kontinuierliche und qualifizierte Arbeit beitragen.

Mein Appell geht an die Stadt Frankfurt, die Zusagen von Oberbürgermeister Wallmann einzuhalten und den städtischen Zuschuß wieder auf den früheren Betrag zu erhöhen.

Nur mit gesicherten finanziellen Grundlagen kann die geleistete Arbeit in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen. Sie wird aber auch noch schwieriger.

Ich bin aber sicher, daß sie mit dem gleichen Elan bewältigt wird wie in der Vergangenheit.

Der Beginn eines 50. Lehrgangs kennzeichnet im Vergleich zu anderen Bildungseinrichtungen noch keine lange Lebenszeit. In der deutschen Arbeiterbildung ist es aber schon etwas Besonderes, auf insgesamt 50 erfolgreiche Jahre bzw. 50 Lehrgänge rückblicken zu können.

Liebe, neue Lehrgangsteilnehmer, ich wünsche Ihnen und den Dozenten bei der kommenden, gemeinsamen Arbeit viel Erfolg.

Ich habe selbst die Erfahrung gemacht, daß sich der Einsatz und die Entschlußkraft für die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ihrem späteren Aufgabenkreis positiv auswirken. Ich wünsche Ihnen aber auch, daß Sie bei den Rahmenveranstaltungen, wie beispielsweise bei den anstehenden Exkursionen viel Freude haben. Dann werden Sie sich in den künftigen Jahren, wie ich, gerne an die Zeit in der Akademie der Arbeit erinnern.

Karl-H. Trageser

Rede des Dezernenten für Soziales, Jugend und Wohnungswesen der Stadt Frankfurt

Sehr geehrter Herr Staatsminister,
Herr Parteivorsitzender Brandt,
Herr Universitätspräsident Kelm,
hochverehrter Herr Professor von Nell-Breuning,
meine Damen und Herren Abgeordneten,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu dieser festlichen Veranstaltung, die zugleich Eröffnungsfeier des 50. Lehrgangs der Akademie der Arbeit ist, überbringe ich Ihnen die herzlichen Grüße und Glückwünsche des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main, insbesondere die Grüße von Herrn Dr. Walter Wallmann, dem Oberbürgermeister unserer Stadt, der heute wegen eines anderen seit langem feststehenden Termins an dieser Veranstaltung leider nicht teilnehmen kann.

Die Grüße, die ich überbringe, gelten nicht nur der Institution der Akademie der Arbeit, sondern auch den Teilnehmern des neu begonnenen Lehrgangs. Wir begrüßen Sie recht herzlich in unserer Stadt und wünschen Ihnen einen guten Verlauf und Abschluß Ihrer Studien.

Wir hoffen, ja wir sind sicher, daß Sie sich während des Aufenthaltes hier in Frankfurt am Main wohlfühlen werden, daß Sie unsere Stadt kennenlernen und daß Sie dabei vor allem auch die Vielfalt des kulturellen Angebotes nutzen, soweit Sie Zeit dafür finden.

Frankfurt ist nicht nur als alte europäische Handelsstadt eines der großen Dienstleistungszentren, sondern eine Stadt mit hoher Konzentration von Arbeitsplätzen überhaupt.

Wenn wir in unserer Stadt über 450 000 versicherungspflichtige Arbeitsplätze haben, dann sind dies zum Beispiel mehr als im gesamten Regierungsbezirk Kassel, oder, um ein anderes Beispiel zu bringen, mehr als in allen anderen kreisfreien Städten Hessens zusammen. Über 220 000 Arbeitnehmer, Arbeiter, Angestellte und Beamte kommen täglich als Arbeitspendler in unsere Stadt.

Trotz allem: auch bei uns gibt es zuviele Arbeitslose, obwohl die Stadt Frankfurt mit ihrer Arbeitslosenquote deutlich unter der des Bundes und des Landes Hessen liegt. Es ist deshalb das Ziel aller politisch Verantwortlichen in unserer Stadt, alles zu tun, um die Schaffung neuer zukunftsorientierter Arbeitsplätze in Frankfurt am Main zu forcieren. — auch im produzierenden Bereich.

Frankfurt ist aber auch eine Stadt der Gewerkschaften. Der Kreisvorsitzende des DGB Frankfurt am Main hat bei einer anderen Gelegenheit einmal Frankfurt als die heimliche Hauptstadt der deutschen Gewerkschaften bezeichnet. Wir sind stolz darauf, in Frankfurt am Main die Vorstände der Industrie Gewerkschaft Metall, der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden, der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und der Deutschen Postgewerkschaft zu beherbergen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren,

1921 schrieb Hugo Sinzheimer in einem Aufsatz unter anderem

„Die Verbände, die Presse, die Versammlungen haben eine neue Bedeutung gewonnen. Alle stehen sie vor neuen Problemen. Alles hat sich verändert. Alte Dogmen liegen zertrümmert am Boden, und das neue Leben türmt sich mit gewaltigen Fragen auf. In einer solchen Welt kann der Mensch nur bestehen, wenn er sich fähig macht zur Erfüllung der Aufgaben, die diese Welt ihm stellt.

Die politische und wirtschaftliche Demokratie verlangt die geistige Demokratie.

Die Funktionäre der neuen Zeiten müssen fähig sein, deren Funktionen zum Besten des Ganzen auszuüben. Vor allem die große Welt der abhängigen Arbeit, die alle Arbeitnehmer in sich begreift, die Arbeiter, Angestellten und Beamten, steht vor neuen Bildungsaufgaben. Damit sie erfüllt werden können, ist ein neuer Bildungstypus für den erwachsenen Menschen erforderlich.

Er dient der Vergeistigung aller öffentlichen Funktionäre. Die Akademie der Arbeit soll dieser neue Bildungstypus sein.“

Meine Damen und Herren, tausende junger Menschen aus der Arbeiterschaft haben seitdem die Akademie der Arbeit besucht. Wir alle wissen, daß diese Aufgabenstellung, wie sie Hugo Sinzheimer charakterisiert hat, heute wie damals Gültigkeit hat.

Frau Kollegin Brusi hat den unvergessenen Mitbegründer der Einheitsgewerkschaft hier in Hessen und in Frankfurt am Main, den Kollegen Willi Richter, zitiert. Aus einem Brief, den er 1946, also in der ersten Stunde nach dem Krieg, schrieb, heißt es, und von diesem erfahrenen Praktiker ausgesprochen, gewinnen die Sätze besondere Bedeutung, unter anderem:

„Es handelt sich bei der Akademie der Arbeit in keiner Weise um eine pädagogische Volksküche, deren Einbau in die Universität das Niveau oder die Würde der letzteren gefährden könnte, sondern um eine hochwertige Auslese von 50–70 Personen, die sich nicht durch geringere Qualität, vielmehr durch Andersartigkeit in Voraussetzungen und Zielsetzung von den Studenten der Fakultäten unterscheiden.

Es handelt sich ferner nicht um eine „Parteischule“, sondern um ein im weitesten Sinne sozialwissenschaftliches Lehrinstitut für Angehörige (Arbeiter, Beamte und Angestellte) aller Gewerkschaften.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle eine auf persönlicher Erfahrung beruhende Bemerkung anknüpfen. Sicher ist, daß die moderne Gewerkschaftsbewegung heute wie früher wissenschaftlich ausgebildete Kräfte in ihren Zentralen braucht, in ihren Stäben benötigt. Deswegen ist es sehr zu begrüßen, daß neben den Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern auch Soziologen und Politologen und andere Disziplinen zur fachlichen Beratung der Gewerkschaften zur Verfügung stehen.

Dies darf jedoch keinesfalls dazu führen, daß in den Vorständen und Stäben die Kolleginnen und Kollegen, die als Arbeitnehmer die Betriebe und Fabriken, Verwaltungen und Behörden aus jahrelanger Arbeit vor Ort, damit auch die Probleme ihrer Kolleginnen und Kollegen aus eigener Erfahrung kennen und die als Autodidakten zum Teil über jahrelanges gewerkschaftliches Engagement als Vertrauensleute und Betriebsräte über die Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften sich weiterentwickeln konnten, in diesen Bereichen unserer Arbeitnehmerorganisationen kaum oder nur noch sehr schwer einen Platz finden. Ich glaube, daß es für die Gewerkschaftsbewegung, ja für die Arbeitnehmerbewegung schlechthin, ein unverzichtbarer Beitrag ist, daß Arbeitnehmer mit ihrer Betriebs- und Gewerkschaftserfahrung vor Ort die Möglichkeit haben, nicht nur in Wahlfunktionen zu gelangen, sondern auch in der Verwaltung und in den Stäben der Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten. Nicht alle Fragen sind am Reißbrett und von der Wissenschaft her lösbar. Wir brauchen die langjährige Erfahrung der Frauen und Männer der Arbeitnehmerbewegung.

Ich darf zum Schluß Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie an diesem Kurs teilnehmen, noch einmal viel Erfolg bei Ihrem Studium wünschen, die notwendige Kraft und Geduld, aber auch Freude für Ihre Arbeit.

Der Akademie der Arbeit wünsche ich weiterhin viel Erfolg in ihrer segensreichen Arbeit. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Prof. Dr. Hartwig Kelm

Rede des Präsidenten der Universität Frankfurt

Sehr geehrte Damen und Herren,

Leiter und Träger der Akademie der Arbeit haben Sie begrüßt. Im Namen der Johann Wolfgang Goethe-Universität möchte ich Sie nicht weniger herzlich willkommen heißen. Ich schließe mich der namentlichen Begrüßung durch den Leiter der Akademie gern an. Besonders hervorheben möchte ich jedoch zwei Ehrengäste der heutigen Eröffnungsfeier, nämlich Sie, Herr Altbundeskanzler Brandt, und Sie, Herr Professor Nell-Breuning.

Selbstverständlich gilt mein besonderer Gruß den Teilnehmern des 50. Lehrgangs der Akademie der Arbeit.

Für diese Veranstaltung fungiere ich gleichsam als Hausherr, genauer gesagt als „Gebäude-Hausherr“. Rechtverstanden sollte dies eine bescheidene Rolle sein, und ich gedenke durchaus nicht, diese Rolle ungebührlich auszuweiten. Gestatten Sie mir aber, daß ich aus der Sicht der Universität kurz über die Zusammenarbeit zwischen ihr und der Akademie der Arbeit nachdenke.

Daß dieser 50. Lehrgang in der Aula der Johann Wolfgang Goethe-Universität gefeiert wird, ist ein schönes Zeichen der Verbundenheit zwischen Akademie und Hochschule. Die Stiftungsurkunde legt ja ganz lapidar fest, daß der Präsident der Universität Kuratoriumsmitglied der Akademie ist. Tatsächlich aber gestaltet sich die Zusammenarbeit enger als in der Satzung ursprünglich festgelegt.

Gewichtigen Anteil an dieser Nähe haben die Mitglieder der Universität, die als Lehrbeauftragte für die Akademie tätig waren und tätig sind. Eine stattliche Zahl hervorragender Wissenschaftler unserer Universität hat sich seit Bestehen der Akademie für deren anspruchsvollen Stiftungszweck eingesetzt. Ich darf ihnen im Namen der Universität für dieses Engagement danken.

Aber auch umgekehrt nehmen Dozenten der Akademie Lehraufträge der Universität wahr. Vor allem aber sind die Teilnehmer der einzelnen Lehrgänge immer wieder herzlich eingeladen, als Gasthörer Veranstaltungen unserer Universität zu besuchen und Seminare und Bibliotheken mitzubenutzen.

Die enge Beziehung, von der ich sprach, hat Anfang 1979 ihre Absicherung in einer Kooperationsvereinbarung gefunden. Sie dokumentiert einen gelungenen Versuch, Arbeitsweisen, Erträge und Probleme einzelner Wissenschaften über den engen Kreis der Spezialisten hinaus zu vermitteln.

Daß dies eine Herausforderung ganz eigener Art ist, muß dabei stets mitbedacht werden. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft, in der auch die Wissenschaft einen hohen Grad an Spezialisierung erfahren hat, stellt sich solche Vermittlung nicht leicht ein. Die studentische Protestbewegung beispielsweise hat die Schwierigkeiten, akademisches Wissen in fortschrittliche gesellschaftliche Praxis umzusetzen, sehr deutlich dargestellt und selbst erfahren.

Diese Schwierigkeiten zu reflektieren, ist selbst noch Aufgabe eines akademischen Diskurses, der gerade an der Johann Wolfgang Goethe-Universität intensiv geführt wurde und wird. Zur Diskussion stehen dabei etwa Max Webers Gedanken zur Wissenschaft als Beruf. Webers Votum für eine wertfreie Wissenschaft, die ihre Distanz zu den lebenspraktischen Belangen, für die einst Religion und Kunst Orientierung boten, bewußt aufrechterhält, markiert das Wissenschaftsverständnis vieler Forscher. Es ist eine sehr starke Position, die eine strikte Trennung zwischen wissenschaftlicher Arbeit und politischer, wertender Entscheidung setzt.

Sie wissen, daß die sogenannte Frankfurter Schule es unternommen hat, gerade auch in der Auseinandersetzung mit Max Weber ein alternatives wissenschaftliches Selbstverständnis zu entwickeln. Ich denke, ich tue keinem der Kontrahenten in diesem Diskurs Unrecht, wenn ich sage, daß diese Kontroverse keineswegs abgeschlossen ist. Sie erhält zusätzlichen Zündstoff durch Arbeiten zur Wissenschaftsgeschichtsschreibung, die die wissenschaftstheoretischen Modelle von wissenschaftlicher Rationalität ganz grundlegend in Zweifel ziehen.

Die derzeitig an den Universitäten zu bewältigenden großen Lehraufgaben und die keineswegs rosigen Berufsaussichten vieler unserer Absolventen lassen manchen von uns an der Sinnhaftigkeit derartiger Dispute zweifeln und auch gelegentlich an dem, was wir zur Zeit tun oder tun müssen. Sie sehen, daß nicht nur der berühmte Satz von Francis Bacon gilt, demzufolge Wissen Macht ist, sondern ebenso das Goethewort: Mit dem Wissen wächst der Zweifel.

Die Skepsis gegenüber akademischer Tätigkeit findet gegenwärtig in den zahlreichen Rezepten zur Veränderung der Universitäten ihren Ausdruck. Sie reichen von der praxisnahen Kurzausbildung bis zur Elite-Universität mit gezielter Förderung der Spitzenforschung. Ich will hier nicht in eine ausgedehnte Diskussion eintreten und meine parate Kritik an den Kritikern anbringen.

Vielmehr möchte ich — mit ein wenig Neid, aber vor allem Hochachtung — Ihre Konzeption gutheißen. Sie wurde in den 28. Mitteilungen aus dem Jahre 1977 von Herrn Dozenten Dr. Döring eindrucksvoll zusammengestellt. „Der Studierende soll auf wissenschaftliche Weise mit jenem Handlungsrahmen vertraut gemacht werden, innerhalb dessen er später politisch tätig werden soll. Der Gegenstand des Akademielehrgangs ist also in erster Linie die so-

ziale, wirtschaftliche und rechtliche Wirklichkeit, die teils der vorgegebene Rahmen und teils Gegenstand gewerkschaftlicher Veränderungswünsche ist.“

Zum Erreichen dieses Ziels bringen Sie, die Lehrgangsteilnehmer, hervorragende Voraussetzungen mit, nämlich die langjährige Berufserfahrung und das bewiesene Interesse, aufgrund dessen Sie unter anderen Gesichtspunkten auserwählt wurden. Die Institution, d. h. die Akademie, genießt den Vorteil, ihre Lehrkonzepte und Methoden selbst bestimmen zu dürfen und dabei eine weitgehend gesicherte Trägerschaft zu verspüren. Eigentlich sind dies die wesentlichsten Kriterien, die ich für eine Elite-Institution im wohlverstandenen Sinne gelten lassen würde.

Liebe Kursteilnehmer, die wissenschaftliche Basis und wohl auch Darbietung des Lehrstoffs, also die Verbindung mit dem universitären System, versetzt Sie in die Lage, sich zu informieren und zu orientieren und schließlich Kritik zu üben bis hin zur Entwicklung konstruktiver Verbesserungsvorschläge oder Programmgestaltungen. Es ist daher nur konsequent, daß die meisten von Ihnen vermutlich in die hauptamtliche Funktionärstätigkeit übergehen werden.

Für diesen Weg – oder welchen Sie auch immer wählen werden – wünsche ich Ihnen eine gute Vorbereitung während des 50. Lehrgangs der Akademie der Arbeit.

Referat des Altbundeskanzlers
„Partei – Gewerkschaften und Arbeiterbildung“

In diesem Mai 1984 beginnt hier der 50. Lehrgang der Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main. Diese Bildungseinrichtung, unter Freunden kurz „AdA“ genannt – und zwar nicht aus bürokratischem Abkürzungswahn, sondern liebevoll, als handle es sich um ein älteres wohlvertrautes Familienmitglied – ist ein Kind der deutschen Arbeiterbewegung.

Die AdA steht in dieser Tradition seit nunmehr über sechs Jahrzehnten. Ihre künftigen Lehrgänge sind berufen, weitergestaltend an diesem Stück unserer Geschichte mitzuwirken, auf den zukünftigen historischen Prozeß mitgestaltend einzuwirken. Denn wir sind ja weit davon entfernt zu glauben, daß die Arbeiterbewegung ihre geschichtliche Aufgabe schon erfüllt habe, daß wir uns infolgedessen darauf beschränken könnten, Erreichtes zu sichern und zu bewahren.

Die alte Arbeiterbewegung war angetreten, hinzuwirken auf eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, ohne Erniedrigung, ohne Not; eine Gesellschaft der Freien und der Gleichen, eine Gesellschaft, in der das gute Leben kein Vorrecht des Standes oder der Klasse mehr sein sollte. Wer wollte behaupten, dieses Ziel sei erreicht? Nicht hier und schon gar nicht in der weiten Welt der Ausbeutung und Unterdrückung, die ja etwas weiter ausgreift als die westeuropäischen Horizonte. Doch ich sage: Auch im eigenen Land bleibt viel zu tun. Ich sage dies als Vorsitzender einer Partei, die aus voller Überzeugung Ja gesagt hat und unverändert Ja sagt zur parteipolitischen und weltanschaulichen Ungebundenheit der deutschen Gewerkschaften. Aber diese Unabhängigkeit im Verhältnis zueinander hindert mich natürlich nicht daran, gerade in der gegenwärtigen Situation den Schulterschuß mit den Gewerkschaften zu bekunden und zu sagen: Es ist tief bedauerlich, daß sich Träger hoher gesamtstaatlicher Verantwortung so einseitig gegen die Gewerkschaften engagiert und damit um die Chance eines vermittelnden Einflusses gebracht haben. Die akuten Tarifauseinandersetzungen sind dadurch noch schwieriger geworden, als sie ohnehin geworden wären. Wenn das Ziel gültig bleibt, werden wir uns – unabhängig von unseren jeweils spezifischen Aufgaben – in den kommenden Jahren gerade auf dem Feld der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu bewähren haben. Das ist neben dem Kampf um den Frieden jenes Feld, auf dem wir bestehen müssen, wenn unsere programmatische Sicht Wirklichkeit werden soll, wenn das Erbe der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre und in den neunziger Jahren als geistig-politisch-gesellschaftlich bestimmende Kraft unser Land prägen können soll.

Auf diesem Feld wirkt die Akademie der Arbeit seit 50 Lehrgängen. Darin haben tausende junger Arbeiter, Angestellte und Beamte – Männer und Frauen – sich hier mit den Problemen von Wirtschaft, Gesellschaft und Recht aus Arbeitnehmersicht auseinandergesetzt.

An dieser Stelle möchte ich an Willi Richter erinnern, dessen tatkräftiger Initiative es neben Heinrich Sauer und Franz-Josef Furtwängler zu verdanken ist, daß die AdA 1947 wiedereröffnet werden konnte. Ich habe Willi Richter zum ersten Mal im Herbst 1945 getroffen, als ich in das schrecklich zerstörte Frankfurt kam und erlebte, unter wie unendlich schwierigen materiellen Bedingungen, noch unter harten Auflagen der Alliierten, daran gearbeitet wurde, die Arbeiterbewegung neu aufzubauen. Wir trafen uns nicht in einem Büro, sondern in einer einigermaßen erhalten gebliebenen Wohnung. Die alten Ideale waren lebendig, und Willi Richter war unverwundlich, wo es darum ging, die Gewerkschaften in Hessen neu aufzubauen. Daraus ist dann, als die allerschwersten ersten Nachkriegsjahre überwunden waren, eine starke hessische Säule im Deutschen Gewerkschaftsbund geworden.

Der Bornheimer Schlosser und Maschinenführer Willi Richter, Mitglied des damaligen DMV, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, war 1922 Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Stadt Frankfurt geworden. 1923/24 studierte er an der Akademie der Arbeit und hörte hier die Vorlesungen Hugo Sinzheimers. Er wurde dann Arbeitersekretär in Darmstadt und gehörte ab 1933 zu denen, die den Verfolgungen der braunen Gewaltherrschaft ausgesetzt waren. Während der Nazizeit war er in enger Verbindung mit dem Kreis um Wilhelm Leuschner, und es ist fast ein Wunder, daß nicht auch er spätestens von der Mordwelle nach dem 20. Juli 1944 erfaßt wurde.

In diesem Sommer werden vierzig Jahre seit jenem Umsturz- und Befreiungsversuch vergangen sein, und es besteht Veranlassung, sich bewußt zu machen, wieviel Opfer und wieviel Zerstörung auch von jenem späten Zeitpunkt ab noch hätten vermieden werden können. Zugleich gibt es Grund, dagegen zu protestieren, daß die Leiden der Arbeiteropposition so lange übergangen worden sind. Und daß dann auch an der Bewegung des 20. Juli keineswegs nur hohe Offiziere und Angehörige von Adelsgeschlechtern beteiligt waren, sondern daß zugleich führende Repräsentanten der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung – und zwar aus allen Richtungen, die es vor der Einheitsgewerkschaft gab – ihren Kopf riskierten und im Falle des Gelingens eine maßgebende Rolle gespielt haben würden. Ich finde, dieses Jubiläumsjahr sollte genutzt werden, um einer höchst einseitigen, historisch unhaltbaren Deutung des 20. Juli zu widersprechen und darauf zu bestehen, daß die jüngste deutsche Geschichte auch insoweit gerechter beurteilt und dargestellt wird.

Willi Richter ging, wie die meisten wissen, 1949 in den Bundestag, dem er bis 1957 angehörte und in dem er als Ausschußvorsitzender einen maßgebenden Einfluß ausübte auf die Sozialgesetzgebung im allgemeinen, auf die Rentenreform im besonderen. 1949 war er auch in den Bundesvorstand des DGB gewählt worden, dessen Vorsitzender er 1956 wurde und sechs Jahre lang blieb. Wir waren einander eng verbunden, was man auch daran sieht, daß er 1961 ohne Zögern bereit war, für meine Regierungsmannschaft – objektiv ein bißchen vor der Zeit, mag man sagen – zur Verfügung zu stehen. Man könnte

vielen andere hinzufügen, doch ich will, dabei andere mit im Visier habend; nur sagen: die AdA kann stolz darauf sein, Willi Richter zu ihren Absolventen zählen zu können.

Was nun die Lehrer angeht, so könnte es naheliegen, wenn ich Erik Nölting würdigte oder Ludwig Preller oder Friedrich Stampfer. Doch ich will gern ein paar Worte über Fritz Tarnow sagen, jenen bedeutenden, weithin in Vergessenheit geratenen Gewerkschaftsführer (und Reichstagsabgeordneten), der hier auf seine alten Tage lehrend tätig war, nach seiner Pensionierung, in den Jahren um 1950.

Fritz Tarnow und ich sind einander während des Krieges in Stockholm begegnet. Er war aus Dänemark gekommen, ich aus Norwegen. Es war gar nicht selbstverständlich, daß wir vertrauensvoll zueinander fanden: er, der eingefleischte Reformist, ich mit meinem linkssozialistischem Hintergrund. Ich sah ihn, nicht unbedingt positiv, als den Erz-Reformisten, der uns die Rolle „des Arztes am Krankenbett des Kapitalismus“ zugewiesen hatte. Aber dann stellte sich heraus, daß er mehr als andere zu sagen hatte. Er hatte auch vor 1933 mehr als andere zu sagen gehabt und sich für eine aktive Politik der Krisenbekämpfung und der Arbeitsbeschaffung engagiert. Es ist erschreckend, wenn man seine Argumente 1930/31 mit dem vergleicht, was ihm von konservativer und rechtsliberaler Seite entgegengehalten wurde — und was für den Niedergang der Weimarer Republik die argumentativen Sargnägel lieferte.

Der Holzarbeiter-Vorsitzende Tarnow, erster Mann der deutschen Gewerkschafter im Exil, hat für mich in zweierlei Hinsicht bewiesen, daß er vielen anderen voraus war: Er konnte sich — bestimmt in der Sache, bescheiden in der Form — auf das Denken und Empfinden anderer einstellen, zumal derer, die aus Ländern kamen, in denen die Nazis wüteten. Er war in Schweden ein hochgeachtetes Mitglied des Internationalen Kreises demokratischer Sozialismus. Zu gleicher Zeit arbeitete er an dem, was er konstruktiven Sozialismus nannte und was darauf abzielte, die fruchtbaren Elemente des reformistischen und des revolutionären Ansatzes auf einen Nenner zu bringen, vor allem durch eine moderne Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Nach dem Krieg hat sich Tarnow bemüht — vom Frankfurter Leuschner-Haus aus — die Gewerkschaften aus der damaligen britischen und amerikanischen Besatzungszone zusammenzuführen. Er wirkte auch als Generalsekretär in der dann nur kurzlebigen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit über die westöstlichen Zonengrenzen hinweg. Daraus ist nichts geworden, und ihm blieb die Erfüllung eines ungewöhnlichen Lebens versagt. Doch ich sage: Die AdA kann stolz darauf sein, diesen bedeutenden Gewerkschaftsführer noch zu ihren Lehrenden zählen zu können.

Doch, liebe Freunde, auch die beste Tradition entbindet nicht von der Beschäftigung mit den drückenden Problemen unserer Zeit. Diese Arbeit wird uns

nicht erst morgen, sie wird uns heute abverlangt, und entscheidende Auseinandersetzungen sind ja im Gange. Die Stichworte sind bekannt: Modernisierung der Volkswirtschaft, Gestaltung des technischen Fortschritts. Und daneben: Sicherung des Friedens und Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Die deutschen Sozialdemokraten stehen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung aus voller Überzeugung an der Seite der Gewerkschaften – und nicht nur, weil wir uns gegen die Einseitigkeit und Überheblichkeit derer wenden, die die Beschlüsse von Gewerkschaftskongressen „dumm und töricht“ nennen. Nichts führt daran vorbei: Arbeitszeitverkürzung und die damit einhergehende Sicherung von Arbeitsplätzen werden eine vernünftige Gestaltung der Zukunft überhaupt erst möglich machen. Menschengerechte Modernisierung und Arbeitszeitverkürzung gehören zusammen wie ein Schuh zum anderen. Die Arbeitszeit, die benötigt wird, um eine bestimmte Menge von Gütern zu produzieren, ist im Zuge des technischen Fortschritts allemal gesunken. Das ist ja auch kein Unglück, sondern – im Gegenteil – ein erfreuliches Produkt menschlicher Intelligenz.

Von Intelligenz ist allerdings nichts mehr zu spüren, wenn die Arbeitszeit für 10 % der unmittelbaren Produzenten auf null gekürzt wird, während von den verbleibenden 90 % ein erheblicher Teil unter Arbeitshetze und Streß leidet. Der Kollege Hans Janssen von der IG Metall hat dazu einmal gesagt, er finde es ein erstrebenswertes Ziel, wenn über Todesanzeigen endlich nicht mehr stünde: „Sein Leben war Mühsal und Arbeit“. Dem kann man sich nur anschließen.

Ich wünsche mir jedenfalls, daß in nicht allzu ferner Zukunft über möglichst viele Arbeitnehmer, ja, über möglichst alle Bürger gesagt werden und geschrieben stehen könnte: Lange hat er (oder sie) gelebt, Angst hatte er keine, weder um den Frieden noch um seinen Arbeitsplatz; für Familie, sinnvolle Betätigung und Spaß in der Freizeit, für politische und betriebliche Mitbestimmung hatte er genug Zeit und Kraft, und von seinem Einkommen konnte er anständig leben. – Wenn man sich einen solchen Nachruf vorstellt, wird einem erst nochmal richtig klar, was alles unerfüllt vor uns liegt und was denen aufgetragen bleibt, die nach uns kommen.

Die Modernisierungsdebatte ist heute eine außergewöhnliche Herausforderung, der wir uns weder entziehen können noch entziehen dürfen. Man wird diese wohl entscheidende Debatte der nächsten Jahre ohne eine überzeugende Alternative nicht bestehen. Konkret: Wo andere alles Heil in Automation und sinkender Lohnquote, Flexibilisierung und Intensivierung erblicken, kämen diejenigen kaum zum Zuge, die sich lediglich eine bessere soziale Abfederung vornehmen würden. Es wird mit größtmöglicher Klarheit zu zeigen sein, daß eine menschengerechte Modernisierung machbar ist, deren volkswirtschaftliche Kosten geringer und deren betriebswirtschaftliche Vorteile gleich, wenn

nicht höher ausfallen. Was ich lese und höre, vermittelt mir jedenfalls den Eindruck, daß es die Chance auf eine solche glaubwürdige Alternative gibt; man muß ihr ernsthaft nachgehen.

Ich fürchte, daß viele Unternehmen sich auf einem Irrweg befinden, wenn sie alle Intelligenz in die Maschine stecken und Wissen, Erfahrung, schöpferische Phantasie des Großteils der Beschäftigten brach liegen lassen oder gar beiseite schieben. Was an technischer Entwicklung, an technischen Möglichkeiten zur Verfügung steht, wird allzu oft gegen die Menschen gewendet. Richtig wäre, durch intelligente Arbeitsorganisationen, durch neue und humane Arbeits- und Produktionsbedingungen den technischen Fortschritt zum Wohle der Menschen, eben auch der in Produktion und Verwaltung Beschäftigten, zu nutzen.

Es ist nicht verwunderlich – die Umweltprobleme jetzt mal außen vorgelassen – wenn der technische Fortschritt heute mit sehr viel größerer Skepsis betrachtet wird als vor 20, 40 oder 60 Jahren. Gleichwohl: Die Menschen in unserem Land, die Arbeitnehmer zumal, sind eigentlich nicht technikfeindlich. Aber sie können sich verständlicherweise nicht für einen Fortschritt begeistern, der das Leben nicht erleichtert, sondern verdüstert: der für Millionen Menschen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung bewirkt und für Millionen andere Dequalifikation, Monotonie, Hetze und Streß.

Nur, technischer Fortschritt muß ja nicht so sein. Und weil er nicht so sein muß, haben wir in der Sozialdemokratie – im Gegensatz zu manchen der grünen Ökologen – nichts im Sinn mit Ausstieg aus der Industriegesellschaft. Statt dessen wollen wir die intelligenten und humanen Möglichkeiten unseres hochindustrialisierten Landes besser genutzt sehen: Technischer Fortschritt heißt für uns nicht schlechtere, sondern bessere Arbeitsbedingungen, damit ein Arbeitnehmer die Chance hat, ohne soziale und gesundheitliche Schäden sein Arbeitsleben hinter sich zu bringen. Technischer Fortschritt heißt für mich nicht Vergeudung und Vernichtung der natürlichen Lebensgrundlagen, sondern deren Sicherung. Technischer Fortschritt heißt für mich nicht Computer-, Roboter- und Elitenfetischismus, sondern qualifizierte Technik in der Hand qualifizierter Arbeitskräfte, und das nicht nur an der Spitze, sondern gerade auch in der Breite. Wir brauchen keine Elite-Universitäten, sondern gleiche Bildungschancen (natürlich auch mit der gebotenen Förderung ungewöhnlicher Begabungen), qualifizierte Arbeiterbildung, sozialverantwortliche Forschung, an der Entwicklung von mehr Humanität orientierte Hochschulen, die Verbindung von beruflicher, wissenschaftlicher und politischer Qualifikation, wie sie von den Gründern der Akademie der Arbeit, der AdA, vor mehr als 60 Jahren ins Auge gefaßt wurde.

Nach Erstem Weltkrieg und Revolution, unter dem Einfluß der galoppierenden Inflation, die zur Finanzierung des Krieges und der Kriegsfolgelasten noch weiter beschleunigt wurde, stand die private Stiftungsuniversität Frankfurt

vor dem finanziellen Ruin. Nun erwarteten die Professoren Hilfe von der Stadt Frankfurt. Die Sozialdemokratische Fraktion im Römer stand dem Ersuchen zunächst kühl gegenüber. Da entwickelten Hugo Sinzheimer, Mitglied der Weimarer Nationalversammlung, und Theodor Thomas, Stadtverordneter und Vorsitzender des Dachdeckerverbandes, den Plan einer gewerkschaftlichen Akademie in der Universität, um „wenigstens einen bescheidenen Teil von Gewerkschaftsfunktionären an die Quelle der Wissenschaften zu bringen“.

Aus der Zusammenarbeit des gelernten Dachdeckers mit dem gelernten Arbeitsrechtler entstand das Konzept einer Akademie neuer Art. Die Gewerkschaften sollten ihre Nachwuchskräfte in diese Akademie delegieren, die Hochschullehrer den Unterricht übernehmen und die Stadt Frankfurt dafür ihre Unterstützung gewähren. Dergestalt bahnte sich eine gesellschaftliche Kooperation aus kommunaler, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Selbstverwaltung an, die Sinzheimers Gedanken der Autonomie und der sich selbst verwaltenden genossenschaftlichen Wirtschaftsgesellschaft weitgehend entsprach. Dabei war keineswegs an einen lokal begrenzten Modellversuch gedacht, sondern an eine reichsweite Einrichtung, an der auch Christliche und Hirsch-Duncker'sche sowie Angestellten- und Beamtenverbände sollten teilhaben können. Einheitsgewerkschaftliche Bestrebungen flossen in diese Überlegungen mit ein. Die Gewerkschaften sollten, so hoffte man, zum Bollwerk der jungen Republik werden.

Einführend in die Denkschrift der Sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion meinte Sinzheimer 1920, die Forderung nach einer deutschen Arbeiter-Akademie entspringe den stärksten Tendenzen des Kulturlebens jener Zeit, nämlich „dem demokratischen Gedanken und den Ansprüchen der abhängigen Arbeit auf neue, gesellschaftliche Daseinsformen“. Er wünschte die Mitarbeit aller „Volkskreise“ und forderte eine „Wirtschaftsgemeinschaft, in der als Mittelpunkt der arbeitende Mensch“ stehen sollte. Die kapitalistische Welt bedürfe zur Umwandlung in eine „Gemeinschaftswirtschaft“ eines neuen „Bildungsinstituts“. Davon versprach er sich auch die „Gewinnung neuer innerer Volkskraft“.

Wer heute als jüngerer Zuhörer über die vielfache Wiederholung von Wörtern wie Volkskreise, Volkskraft, Volksstaat erstaunt wird, der muß berücksichtigen, daß dies vor der Korruption solcher Begriffe durch die Nazis war. Sinzheimer bezog sich auf ein Verständnis von Volk und Volksstaat, das in der Tradition demokratischen und sozialistischen Denkens stand. Auch der hessische Staat, der seinerzeit unter dem Staatspräsidenten Karl Ullrich gegründet wurde, nannte sich ausdrücklich Volksstaat. Wir würden heute eher vom Sozialstaat sprechen, von der gefächerten Gesellschaft oder vom „demokratischen und sozialen Bundesstaat“ im Sinne des Grundgesetzes.

Genauer auf die Bedürfnisse der Organisationen abzielend, hieß es in der Denkschrift von 1920 weiter, und wieder mit Begriffen, die nicht mehr die heutigen sind: „Die Teilnehmer der Arbeiter-Akademie sollen Führer ihrer

Berufsgenossen werden. Dieses Führertum können sie nur dann betätigen, wenn sie nicht nur auf die Berufsauffassung, sondern auf die gesamte Kulturgesinnung ihrer Berufsgenossen führend und bildend einwirken können.“

Es gab auch Widerstände in den Führungen der Gewerkschaften gegen solche neuen und ehrgeizigen Bestrebungen. Theodor Thomas, der Benjamin unter den Mitgliedern der damaligen Generalkommission der Gewerkschaften, verstand es geschickt, zunächst eine „Studienkommission“ einsetzen zu lassen. Auch das Preußische Kultusministerium unter Karl-Heinrich Becker und Konrad Haenisch wurde beteiligt. Ende Dezember 1920 fanden die entscheidenden Sitzungen statt. Thomas beschwor noch einmal die Möglichkeit, „von unten auf ... ein Stück Universitätsreform“ zu leisten. Sinzheimer meinte, die „Akademie der Arbeit“ könne „ein leuchtendes Wahrzeichen dafür sein, daß der deutsche Arbeiter nach dem Höchsten greift, um sich zu befreien“. Der Rechtsphilosoph und politische Denker hatte, nachdem es ihm noch gelungen war, den Rätegedanken im zweiten Hauptteil der Weimarer Reichsverfassung grundsätzlich erwähnt zu bekommen, sich enttäuscht aus der Weimarer Nationalversammlung zurückgezogen, um in Frankfurt desto intensiver für die geistige Fundamentierung des Volksstaates einzutreten.

Zwar konnte das große Projekt nicht in seinem vollen Umfange verwirklicht werden; zunächst war an 200 bis 300 Teilnehmer im Jahr gedacht. Aber immerhin gelang die Eröffnung des 1. Lehrgangs am 2. Mai 1921. Sinzheimer richtete einen „Willkommensgruß“ an die ersten „Arbeiterstudenten“ in Frankfurt am Main. „Alle, die gekommen sind“, so sagte er, „tragen aber auch eine Überzeugung in sich, daß nämlich die menschliche Arbeit der neue Ring ist, der die Menschheit umschließt.“ Er verknüpfte die Weisheit der Aufklärung aus der Schule Lessings mit Weimarer Poesie und Anklängen an Goethes Faust: „Im Anfang war die Tat. Dies Urgebot darf der Geist nie verkennen, damit er nicht betrachte, wenn er handeln soll.“

Schöpferisches Tun, fortschrittliches Handeln und sinnvolle Arbeit bestimmten das Menschen- und Gesellschaftsbild Sinzheimers. Für ihn war menschliche Arbeit „ein ganz besonderer Saft“, also gleichsam das Blut in den Adern der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Dabei scheute er sich nicht, in einer kühnen Synthese Marx und Goethe zusammenzubringen. Er wollte das „Recht auf Arbeit“ und die Würde des arbeitenden Menschen in der Weimarer Verfassung geschützt wissen. Für Sinzheimer bedeutete Volksgemeinschaft zugleich Zusammenarbeit, das Gemeinwesen als Republik arbeitender Menschen und die Einheit dieser Republik, die sich auch in der Einheit des Arbeitsrechts darstelle.

Gleiches Recht für alle bedeutete auch gleiches Arbeitsrecht für alle. Der gesetzliche Normalarbeitstag war konstitutiver Bestandteil dieses Rechtsdenkens, sei es der 8-Stunden-, der 7- oder 6-Tag. Das alles wurde seinerzeit bereits formuliert, reflektiert und postuliert, zum Teil auch realisiert, war

jedenfalls im Horizont der realen Entwicklung des Arbeitsrechts zu mehr Freiheit und Gleichheit. Sinzheimer hätte heute vermutlich die Minimierung der Tagesarbeitszeit anderen Momenten vorangestellt: um der Einheit des Arbeitsrechts, der Rechtssicherheit der Betroffenen und der Rechtsgleichheit in unserer Gesellschaft willen, und zwar in Gestalt der Minimierung der Tagesarbeitszeit auf den kombinierten Wegen der Tarifautonomie wie auch der gesetzlichen Arbeitszeitregelung.

Freilich kann das Arbeitsrecht, also die rechtliche Ordnung der abhängigen Arbeit, keinen isolierten Bestand haben. Arbeitszeitverkürzungen etwa, die nicht – zusammen mit aktiver Wirtschaftspolitik – neue Arbeitsplätze schaffen, laufen großenteils ins Leere. Und nur der Ausbau von Mitbestimmung im Unternehmen und in der Wirtschaft kann den Arbeitnehmern helfen, einen tariflichen Erfolg auch beschäftigungspolitisch wirksam werden zu lassen. Ohne Beteiligung der Arbeit an dem, was man „die Wirtschaft“ nennt, bleibt Tarifpolitik letztlich ein Torso.

„Das fruchtbare Wort von der ‚strukturellen Arbeitslosigkeit‘, die Zumutung, deren Bestand als unüberwindbar hinzunehmen, ist nichts anderes, als die Konstatierung dieser Funktionslosigkeit des geltenden Wirtschaftsrechts. Hier liegt die tiefste Krisis des Arbeitsrechts, die seine ganze bisherige Grundlage ergreift. Sie führt zugleich zu einer Krisis der Grundanschauungen, die bisher das Denken über das Arbeitsrecht geleitet haben. Ein neues Interesse des Arbeitsrechts an der Gestaltung des Wirtschaftsrechts ist entstanden. Das Arbeitsrecht hat keinen isolierten Bestand. Es wird ernährt durch die Wirtschaft. Es kann nur bestehen, wenn eine Wirtschaft besteht, die die Lebensbedingungen der Arbeit sichert, sie vor der Zerstörung bewahrt, den Bestand des Arbeitsrechts den Zufällen einer ungeordneten Wirtschaft entzieht. Die beiden Gebiete des Rechts können nicht mehr getrennt voneinander betrachtet werden. Was hat das Arbeitsrecht für einen Sinn, wenn es höchstens nur noch ein Recht für eine Arbeiterelite ist, die das Glück hat, in Arbeit zu stehen, wenn neben der Existenz des Arbeitsrechts ein wirtschaftliches Totenfeld ‚struktureller Arbeitslosigkeit‘ sich auftut? Wenn die ‚Naturgesetze‘ der Wirtschaft nicht sinnvoll im Dienste der Arbeit gebändigt sind? Damit ist das Problem des Arbeitsrechts zum Problem der gesamten Wirtschaftsordnung geworden. Eine Erneuerung des Arbeitsrechts ist ohne Erneuerung dieser Wirtschaftsordnung nicht mehr möglich.“

Dies sind Worte Sinzheimers aus dem Jahre 1933. Sie könnten heute gesprochen worden sein. Insofern ist es durchaus folgerichtig, modern und zukunftsweisend, daß diese Gedanken zugleich den Stiftungszweck der Akademie der Arbeit umgreifen. In der Stiftungsurkunde heißt es: „Zweck der ‚Akademie der Arbeit‘ ist es, Arbeitnehmer für ihre Aufgaben in den Gewerkschaften, Betrieben, Genossenschaften, Verwaltungen und sonstigen Einrichtungen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens auszubilden.“

Das Ziel bleibt also die Mit- und Selbstbestimmung aller bei der Bewältigung gewerkschaftlicher, betrieblicher, wirtschaftlicher und allgemein-gesellschaftlicher Probleme, wobei – last but not least – unter dem Begriff des öffentlichen Lebens auch die politischen Parteien zu verstehen sind. Die Sozialdemokratie ist, gemeinsam mit den Gewerkschaften, seit den Anfängen auch eine Bildungsbewegung gewesen. Für uns hat der Satz „Wissen ist Macht“ am Beginn eines langen, aufwärts führenden Weges gestanden, und er begleitet uns auch heute.

Die Macht, die aus dem Wissen kommt, ist von anderer Art als die Macht, die auf Geld beruht, oder jene, die aus den Gewehrläufen kommt. Es ist die Kraft der Überzeugung, des besseren Arguments in der Diskussion, worauf wir bauen.

Dies zu vermitteln, war und ist oberste Aufgabe dieser Akademie der Arbeit, deren 50. Lehrgang heute eröffnet wird. Sich fit zu machen für die geistige Auseinandersetzung, für den Kampf der Meinungen, für die demokratische Auseinandersetzung – das verspricht größere und dauerhaftere Erfolge als ein Kampf aller gegen alle.

Freilich verlangt es viel Geduld, Ausdauer – und solidarische Toleranz. Grund dieser unumgänglichen Toleranz jedoch ist die dauernde Gewissheit eines jeden, daß man auch selbst im Irrtum sein könnte; also die Bereitschaft, auch die eigene Position in Frage zu stellen. Das verlangt eine gewisse Anstrengung nach innen und nach außen. Die Akademie hat hierin eine gute Tradition, und die verdient, verteidigt zu werden. Dies war in der Weimarer Republik die einzige Institution, zu der die Vertreter aller Richtungsgewerkschaften gleichermaßen Zugang hatten. Es ist daher kaum übertrieben, wenn es heißt, daß die so schwer erkämpfte Einheitsgewerkschaft nicht zuletzt hier in Frankfurt im Gedanken solidarischer Zusammenarbeit vorbereitet worden ist.

Einzigartig ist die Kooperation einer solchen Stätte der Erwachsenenbildung mit einer Universität im klassischen Sinn. Immerhin heißt die Akademie der Arbeit mit vollem Namen nicht ohne Grund „Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main“. Nicht ohne Grund feiern wir dieses Jubiläum heute in der Universitäts-Aula. Aber auch dies ist nicht etwa eine festliche Ausnahme, sondern der Akademie-Alltag, denn alle ihre Veranstaltungen finden im wahrsten Sinne des Wortes in der Universität statt.

Die deutsche Universität ist ihrer Tradition nach und noch bis in die fünfziger Jahre hinein durchaus als eine Institution des Bildungsbürgertums empfunden worden. Frankfurt, dessen Universität auf Initiative bürgerliche Stifter zurückgeht, macht dies besonders deutlich. Umso mehr mußte die Idee einer Arbeiterakademie in den Mauern einer solchen Hochschule Aufmerksamkeit hervorrufen; sie ist wohl auch verstanden worden als ein Zeichen für den

Eintritt der Arbeiterbewegung in die Führung der neuen Republik. Bei aller Berücksichtigung der Tatsache, daß die Akademie der Arbeit sich stets als parteipolitisch unabhängig empfunden hat und allen gewerkschaftspolitischen Strömungen offenstand, wird doch festzuhalten sein, daß die Sinzheimer'schen Ideen und die Lehrinhalte während der Weimarer Zeit doch eine erhebliche Nähe zur Sozialdemokratie aufwiesen; das braucht ja auch nicht schlecht gewesen zu sein. Es kennzeichnet zugleich die Aufbruchstimmung jener frühen Jahre, die man bis heute noch zu spüren vermag, daß die Akademie anlässlich eines kürzlichen Vortrags hier in Frankfurt als „eine völlig neue, geradezu revolutionäre Institution im deutschen Bildungsgefüge“ bezeichnet worden ist...

Den jahrzehntelangen Trägern dieser Akademie, also dem Lande Hessen, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Stadt Frankfurt am Main, ist für ihre Verbundenheit mit der AdA Dank zu sagen. Wie leicht hätte der eine oder andere Bildungspolitiker einmal auf den Gedanken kommen können, daß die gerade in diesem Bundesland so sehr verbesserten Bildungschancen ein Institut wie die Akademie überflüssig machen könnten. Man muß schon ein wenig näher hinsehen, um zu erkennen, wie sehr sich die Bildungsangebote hier und dort unterscheiden.

Es wird jedem studierten Akademiker — aus welcher Disziplin auch immer — nützen, die Akademie der Arbeit zu besuchen, geht es doch hier um die Vertretung seiner und anderer Interessen im Arbeits-, Wirtschafts- und politischen Leben. Umgekehrt hat es sicher noch keinem Absolventen der Akademie geschadet, etwa sein Abitur nachzuholen und an einer Hochschule zu studieren. Man hat mir gesagt, dieser Austausch zwischen den Bildungseinrichtungen komme öfter vor, und er sollte verstärkt werden.

Die unverminderte Bedeutung des Akademiegedankens ergibt sich aus dem Anspruch und Auftrag „das Lernen zu lernen“ — offen zu sein für tolerante und solidarische Diskussion auf einem Fundament von soliden Kenntnissen. Das ist die Grundlage der Selbstbestimmung unter gleichberechtigten Menschen. Die Gründer der Akademie haben das gewußt, und fünfzig Lehrgänge haben es weitergetragen.

Ich wünsche den Teilnehmern des kommenden Lehrgangs, daß auch sie sich dessen bewußt sein mögen. Das dürfen diejenigen, die Sie/Euch hierhergeschickt haben, sehr wohl erwarten. Ich wünsche Ihnen/Euch von Herzen Freude und Erfolg beim Lernen. Dies ist dann nicht nur der Lohn für die Träger und die Dozenten der Akademie, sondern die sicherste Bestandsgarantie für die Akademie selbst. Möge es so bleiben.

Anhang

Freunde und Förderer
der Akademie der Arbeit e.V.

Ffm, 20. Nov. 1984

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

inzwischen ist der Kreis der Freunde und Förderer, die unserem Aufruf gefolgt sind, auf über 350 ehemalige Hörerinnen und Hörer angewachsen. Im Rahmen der uns gegebenen Vollmachten haben wir Ende vorigen Jahres insgesamt 9863,- DM von Euren Konten abbuchen lassen. Dafür sprechen wir allen Spendern unseren herzlichsten Dank aus.

In den nächsten Tagen werden wir erneut der BfG die entsprechenden Abbuchungs-Aufträge für das laufende Geschäftsjahr übergeben. Wir haben durch Neudruck der Formulare sichergestellt, daß diese Belege für Eure Steuererklärung 1984 als Original-Spendenquittung verwendet werden können.

Das Finanzamt - Börse - Frankfurt/Main, hat uns mit Bescheid vom 12. 9. 1984 erneut die Gemeinnützigkeit wegen Förderung der Volks- und Berufsbildung bestätigt. Nachstehend geben wir Euch eine Übersicht der Einnahme- und Ausgaberechnung 1983:

Einnahmen:	Einzelspenden	9 863,- DM
	Spenden von Institutionen	4 000,- DM
	Zinseinnahmen	5 801,22 DM
	Zuschuß öffentliche Mittel	5 000,- DM
		<hr/>
	zusammen	24 664,22 DM
Ausgaben:	Zuschuß Italien-Studienreise der Hörer, Seminare und Honorare	22 000,- DM
	Bibliothek	514,- DM
	Gebühren	48,95 DM
		<hr/>
		22 562,95 DM

Das Geschäftsjahr schloß mit einem kleinen Überschuß ab. Im laufenden Jahr wurde der Zuschuß für die Studienreise des Lehrgangs erhöht. Durch Gespräche konnten auch die Spenden von Institutionen (BfG, Gewerkschaften usw.) erhöht werden. Es freut uns besonders, daß auch die Einzelspenden einen Aufwärtstrend erleben. Die Gesamtsumme konnte gegenüber 1982 wesentlich verbessert werden. Viele Kolleginnen und Kollegen haben uns beauftragt Beträge abbuchen zu lassen, die über dem Grundbetrag von 20,- DM lagen. Wir wären sehr dankbar, wenn wir weitere ähnliche Vollmachten erhielten.

Wir haben viele Zuschriften im Zusammenhang mit der Arbeit des Vereins erhalten. Wir bitten um Verständnis dafür, daß wir nicht immer Zug um Zug antworten konnten. Manche Anfrage erledigte sich auch durch unsere Berichte in den Mitteilungsheften der AdA. Wir sind jedoch für jede Anregung dankbar, die im Rahmen der vorhandenen Mittel realisiert werden kann.

Der Vorstand des Vereins hat auch für 1984 wieder Zuschüsse für Studienfahrten der Hörer, für Studienmaterial und Beihilfen an bedürftige Hörerinnen und Hörer beschlossen. Darüberhinaus werden wir uns finanziell beteiligen am Druck eines Heftes über die Feier anlässlich der Eröffnung des 50. Lehrganges der Akademie der Arbeit mit den gehaltenen Reden, damit diese Schrift einem großen Kreis von Interessenten zugestellt werden kann.

Dem Vorstand gehören zur Zeit folgende Kollegen an:

- Vorsitzender: Jochen Richert (Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Hessen)
Stellvtr. Vors.: Gert Lütgert (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
DGB-Landesbezirk Hessen)
Kassierer: Günter Schmidt (pens. Org. Sekretär DGB-Landesbez. Hessen)
Schriftführer: Horst Hochgreve (Abteilungsleiter DGB-Landesbezirk Hessen)
Beisitzer: Armin Clauss (Hess. Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales)
Beisitzer: Dr. Diether Döring (Leitung der Akademie der Arbeit)
Beisitzer: Manfred Kiesewetter (Vors. des DGB-Kreises Frankfurt/Main)
Beisitzer: Ernst Leuninger (pens. Vorsitzender der LVA Hessen)

Zum Schluß dürfen wir darauf hinweisen, daß die Satzung des Vereins im Einvernehmen mit dem Finanzamt überarbeitet wird. Es ist unser Wunsch, dem Förderverein eine Basis zu geben, daß er den politischen Auftrag der AdA in zunehmenden Maße fördern und die Hörerinnen und Hörer bei ihrem Studium unterstützen kann.

Mit unserem nochmaligen Dank an alle Spender und guten Wünsche für das Jahr 1985 verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

Verein der Freunde und Förderer
der Akademie der Arbeit e.V.

Der Vorstand
Jochen Richert

Forschungsprojekt an der Akademie der Arbeit

Im September 1984 wurde an der Akademie der Arbeit mit dem Forschungsprojekt „Repräsentative Auswahlbiographie von Absolventen der Akademie der Arbeit“ begonnen. Mit dieser wissenschaftlichen Untersuchung soll der Grundstock für ein biographisches Lexikon der deutschen Gewerkschaftsbewegung gelegt werden.

In einer ersten Phase des Projekts werden die Lebenswege und Karrieren der zahlreichen AdA-Absolventen zwischen 1921 und 1933 archiviert und untersucht. Dazu werden AdA-Absolventen aus dieser Zeit mittels Tonband-Interview befragt nach ihren Erinnerungen, Fragebögen angelegt, Materialien gesammelt. Bei der Erarbeitung der Lebenswege soll sowohl auf hervorragende Absolventen als auch auf den Typus des AdA-Absolventen, der sich in der Alltagsarbeit bewährt hat, das Augenmerk gerichtet sein.

Die Akademie der Arbeit kommt mit diesem Projekt ihrem satzungsgemäßen Auftrag der wissenschaftlichen Forschung nach. Schwierigkeiten ergeben sich zur Zeit noch bei der lückenlosen Erfassung sämtlicher Absolventen der Akademie der Arbeit in dem Zeitraum 1921 bis 1933, da nicht von jedem Lehrgang Teilnehmerlisten auffindbar waren. (Daher die Bitte: Wer noch im Besitz von alten Teilnehmerlisten der Lehrgänge 5, 7, 8, 10, 11 und 12 ist, möge diese der Akademie der Arbeit, z. Hd. Frau Dr. Wittrock, zur Verfügung stellen).

Verzeichnis der Lehrveranstaltungen des 50. Lehrgangs

1. Trimester

2. Mai 1984 — 4. August 1984

	<i>Dozent</i>	<i>Stunden</i>
Einführung in den Lehrgang	Döring/Benes/Assistenten	6
Anleitung zum wissenschaftlichen Arbeiten/ Technik und Methoden wissenschaftlicher Arbeit	Döring/Brütting/Kraus-Pötz/ Schywalsky/Stahl-Hörsgen	12
Die Herausbildung des modernen Rechts- und Staatsystems (Staatstheorie)	Kempen	8
Historische Grundlagen der heutigen Rechts- ordnung (Verfassungsgeschichte, Privatrechts- geschichte)	Kempen	12
Das politische und verfassungsrechtliche System der Bundesrepublik (Verfassungsrecht I) — Strukturen politischer Entscheidungsbildung (insbesondere Gesetzgebungsverfahren)	Kempen	28
Einführung in die Methoden der Rechtswissenschaft	Kempen	10
Einführung in das Bürgerliche Recht	Kempen	8
Rechts- und politikwissenschaftliches Seminar (wahlweise) (dienstags 16–18 Uhr – zugleich für Studenten des Fachbereichs Gesellschaftswissen- schaften der Universität): Verfassungspolitik und Verfassungskrise	Kempen	20
Historische Entwicklung und Grundlagen der Volkswirtschaftslehre	Meyer	30
Einführung in die politische Ökonomie (Smith/Ricardo; K. Marx: Das Kapital, Lektürekurs)	Meyer	36
Betriebswirtschaftslehre I	Meyer/Bierbaum	18
Fragen der Gemeinwirtschaft	von Loesch	10
Einführung in die Sozialpolitik/Gesellschafts- politik (mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Sozialpolitik)	Döring	20
Hauptprobleme und Politik der sozialen Sicherung I (Grundfragen und Grundmodelle der sozialen Sicherung; Alterssicherung; Gesundheitssicherung)	Döring	26
Einführung in die Probleme der Arbeitsmarktpolitik	Döring/Engelen-Kefer	12
Grundbegriffe der Philosophie	Schädler	16
Entwicklung des Dialektischen Materialismus (mit Arbeitsgruppen)	Schädler	12
Entwicklung der Gesellschaftsformen als Einleitung in die Gesellschaftslehre	Borris	20
Geschichte des industriellen Zeitalters/ unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Gewerkschaften	Beier	18
Fragen der Kulturpolitik (freiwillig)	Hoffmann	18

2. Trimester

27. August 1984 — 20. Dezember 1984

	<i>Dozent</i>	<i>Stunden</i>
Einführung i. d. Methoden der Rechtswissenschaft	Kempen	10
Arbeitsvertragsrecht	Kempen	58
Einführung in das Arbeitsrecht	Weiss	16
Betriebsverfassungsrecht	Mattern/Kempen	32
Personalvertretungsrecht	Schwarz/Kempen	20
Strukturen politischer Willensbildung (insbesondere politische Grundrechte) (Verfassungsrecht II)	Kempen	12
Rechtswissenschaftliches Kolloquium	Kempen	12
Rechts- und politikwissenschaftliches Seminar (wahlweise) (dienstags 16–18 Uhr – zugleich für Studenten des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität):		
Verfassungspolitik und Verfassungskrise	Kempen	18
Wirtschaftspolitik I	Meyer	56
DGB-Grundsatzprogramm: Wirtschaftspolitische Teil	Meyer	8
Betriebswirtschaftslehre II	Meyer/Bierbaum	16
Arbeitskraft in der Betriebs- und Arbeitsorganisation	Schudlich	20
Politische Ökonomie des Sozialismus	Meyer/Kosta	16
Wirtschaftswissenschaftliches Kolloquium	Meyer	12
Hauptprobleme und Politik der sozialen Sicherung II (Sicherung bei Arbeitslosigkeit; Unfall- schutz und Unfallversicherung; Sozialhilfe)	Döring	30
Mitbestimmung und Vermögenspolitik (mit Arbeitsgruppen und Besichtigungen)	Döring/Leminsky	30
Sozialpolitisches Kolloquium	Döring	12
Gegenwärtiger Stand des Dialektischen Materialismus	Schädler	16
Beschreibung und Analyse von Gesellschafts- formen der Gegenwart	Borris	12
Christliche Gesellschaftslehren	Müller/von Nell-Breuning/ Wallraff	8
Politische Geschichte des 20. Jahrhunderts/ unter besonderer Berücksichtigung der Geschichte der Arbeiterbewegung	Fritzsche	18
Gewerkschaften – Theorie und Praxis	Arbeitsgemeinschaft mit Referenten (Leminsky, Zoll u. a.) und Assistenten	38
Entwicklung der Programmatik des DGB	Leminsky	8
Studienreise – 1 Woche		
Seminarwoche: Ursprung, Herrschaft und Fortwirken des Nationalsozialismus	N. N.	22
Gewerkschaftliche Kulturarbeit (ergänzende Abendveranstaltungen)	N. N.	8
Massenmedien und Meinungsbildung – Arbeitsgemeinschaft über Presse, Funk und Fernsehen in der Bundesrepublik mit Besichti- gungen und praktischen Übungen (freiwillig)	Scheunemann	8

3. Trimester

7. Januar 1985 – 23. März 1985

	<i>Dozent</i>	<i>Stunden</i>
Arbeits- und Wirtschaftsverfassungsrecht (Verfassungsrecht III)	Kempen	14
Arbeitskampfrecht	Kempen	14
Tarifvertragsrecht	Launhard	10
Datenschutz im Arbeitsrecht	Wohlgemuth	6
Ausgewählte Probleme aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung und der Rechts-(Tarif-)politik	Däubler	10
Rechtswissenschaftliches Kolloquium	Kempen	8
Rechts- und politikwissenschaftliches Seminar (wahlweise) (dienstags 16–18 Uhr – zugleich für Studenten des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Universität): Verfassungspolitik und Verfassungskrise	Kempen	12
Wirtschaftspolitik II	Meyer	44
Neue Technologien, Informations- und Datensysteme (in Blockveranstaltungen)	N.N.	16
Betriebswirtschaftslehre III	Meyer/Bierbaum	20
Wirtschaftswissenschaftliches Kolloquium	Meyer	8
Ausgewählte Fragen der Sozialpolitik: Gesamtwirkungen des sozialpolitischen Instrumentariums; Internationale Sozialpolitik; Gewerkschaften und staatliche Sozialpolitik	Döring	22
Organisation und Probleme der sozialen Selbstverwaltung	Döring/Standfest/Frank	14
Sozialpolitisches Kolloquium	Döring	8
Einführung in die Finanzwissenschaft: Probleme der Steuer- und Finanzpolitik	Döring	22
Die Organisationen der Arbeitgeber und Unternehmer	Hochgreve u. a.	8
Industrie- und Betriebssoziologie als spezielle Gesellschaftslehre	Borris	12
Gewerkschaftliche Bildungs- und Jugendarbeit	Brusis u. a.	6
Aktuelle Probleme der Zeitgeschichte seit 1945 Aktuelle politische Fragen	Beier/Fetscher/Fritzsche Clauss/Blüm u. a.	12 18
Friedensforschung und Friedenspolitik (ergänzende Abendveranstaltung)	Jahn	10
Massenmedien und Meinungsbildung – Arbeitsgemeinschaft über Presse, Funk und Fernsehen in der Bundesrepublik mit Besichti- gungen und praktischen Übungen (freiwillig)	Scheunemann	8

Neben der Anleitung durch die Dozenten werden die Lehrgangsteilnehmer in ihrer Arbeit vom Pädagogischen Hörerberater, von dem wissenschaftlichen Mitarbeiter und den Assistenten unterstützt. Zu einigen im Lehrplan ausgedruckten Veranstaltungen finden ergänzende freiwillige Arbeitsgemeinschaften statt.

Die Seminare/Kolloquien im 2. und 3. Trimester sind Wahl-Pflichtveranstaltungen, d. h. die Lehrgangsteilnehmer nehmen jeweils an einer dieser Veranstaltungen durchgehend teil.

In Verbindung mit den Lehrveranstaltungen werden Besichtigungen und Studienreisen durchgeführt. Diese werden durch bestimmte Vorlesungen oder Einzelvorträge vorbereitet. Hinzu kommen Besuche von kulturellen Veranstaltungen.

Als Ausgleich zur Studentätigkeit ist in jeder Woche ein Nachmittag für den Sport unter Leitung von Studiendirektor Jürgen Preuß vorgesehen.

Die Organe der Akademie der Arbeit

Kuratorium

Vorsitzende: Ilse Brusis, Deutscher Gewerkschaftsbund

Stellvertretender Vorsitzender: Der Hessische Sozialminister

Der Hessische Kultusminister

Der Hessische Minister der Finanzen

Der Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main

Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main

Vier weitere Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes:
Kurt Herforth, Franz Holländer, Hans Preiss, Jochen Richert

Vertreter der Dozenten der Akademie der Arbeit:
Dr. Otto Ernst Kempfen, Dr. Erich Meyn

Drei Vertreter der Teilnehmer des 50. Lehrgangs

Leiter der Akademie für den 50. Lehrgang: Dr. Diether Döring

Lehrkräfte

Hauptamtliche Dozenten

Dr. Diether Döring, Sozial- und Gesellschaftspolitik
Dr. Otto Ernst Kempfen, Rechtswissenschaft
Dr. Jan Meyer, Wirtschaftswissenschaft

Lehrbeauftragte

Dr. Gerhard Beier, Kronberg/Taunus
Dr. Heinz Bierbaum, Vorstand der IG Metall – Abtlg. Wirtschaft, Frankfurt am Main
Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn; Vorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft
Dr. Maria Borris, Frankfurt am Main
Ilse Brusis, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf
Armin Clauss, Hessischer Sozialminister, Wiesbaden
Prof. Dr. Wolfgang Däubler, Universität Bremen
Dr. Ursula Engelen-Kefer, Abt. Arbeitsmarktpolitik beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf
Prof. Dr. Iring Fetscher, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
Hans Frank, Hauptamtliches Vorstandsmitglied des Landesbezirks Hessen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Klaus Fritzsche, Justus-Liebig-Universität Gießen
Horst Hochgreve, Leiter der Abteilung Wirtschaft des Landesbezirks Hessen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Frankfurt am Main
Hilmar Hofmann, Kulturdezernent, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Egbert Jahn, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main; Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Jiri Kosta, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
Dr. Gerhard Leminsky, Geschäftsführer der Hans-Böckler-Gesellschaft, Düsseldorf
Dr. Achim von Loesch, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt am Main
Marion Mattern, Richterin am Arbeitsgericht Frankfurt am Main
Dr. Christian Müller, Amt für Industrie- und Sozialarbeit der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Oswald von Nell-Breuning, Philosophisch-Theologische Hochschule St. Georgen, Frankfurt am Main
Jürgen Preuß, Studiendirektor an der Helmholtzschule, Frankfurt am Main
Martin Schädlér, Oberstudiendirektor, Leiter des Hessen-Kollegs, Frankfurt am Main
Klaus Scheunemann, Hessischer Rundfunk, Frankfurt am Main
Dr. Edwin Schudlich, Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main
Lutz Schwarz, Richter am Arbeitsgericht Frankfurt am Main
Prof. Dr. Spiros Simitis, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
Dr. Erich Standfest, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Düsseldorf
Prof. Dr. Hermann-Josef Wallraff, Philosophisch-Theologische Hochschule St. Georgen, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Manfred Weiss, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
Dr. Hans-Hermann Wohlgemuth, Justitiariat des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Düsseldorf
Prof. Dr. Rainer Zoll, Universität Bremen
Pädagogischer Hörerberater: Kurt Brütting
Wissenschaftlicher Mitarbeiter: Helmut Schywalsky
Assistenten: Renate Kraus-Pötz, Bernd Stahl-Hörsgen

Teilnehmer des 50. Lehrgangs der Akademie der Arbeit
 Mai 1984 bis März 1985

Zu- u. Vorname	Geburtsjahr	Beruf	Wohnort
Ahl, Petra	1958	Arbeiterin	Steinheim 3
Börgers, Bernd	1959	BSE-Nachwuchssekretär	Rees 3
Bolte, Dieter	1955	GGLF-Nachwuchssekretär	Rahden
Brakhuis, Edgar	1961	Maschinenschlosser	Emden
Brokhausen, Heinrich	1929	Werkzeugmacher	Ennepetal
Damschke, Wolfgang	1958	Untertage-Elektriker	Bottrop
Fischer, Richard	1954	Maschinenschlosser	Waldkraiburg
Frenzel, Hubert	1947	Fahrausweisprüfer	Frankfurt am Main
Gießing, Peter	1958	Postassistent	Gemünden, Wohra
Gnadl, Gerd	1957	Verwaltungsbeamter	Frankfurt am Main
Greger, Klaus	1954	Starkstromelektriker	Essen
Grunewald, Michael	1959	Betriebsschlosser	Rüsselsheim
Hahn, Reinhard	1956	Elektromechaniker	Hamburg
Hauer, Hermann	1960	Bundesbahnassistent	Passau
Hauptmann, Harald	1960	Betriebsschlosser	Stein
Haustein, Arno	1949	Dreher und Hobler	Seesen 16
Hiebert, Frank	1957	Betriebsschlosser	Saarbrücken
Höflinger, Peter	1958	Fernmeldehandwerker	Kempten
Koch, Horst	1954	Ausbilder	Maintal 2
Kraus, Rudolf	1944	Verwaltungsbeamter	Frankfurt am Main
Kusche, Joachim	1952	Rangierarbeiter	Markfredwitz
Ley, Herbert	1951	Verwaltungsangestellter	Wiesbaden
Lindner, Klaus	1949	Offset-Rotationsdrucker	Mönchengladbach 2
Oestreich, Ulrike	1952	Schaufenstergestalterin	Leverkusen
Retzlaff, Ursel	1936	Verwaltungsangestellte	Neu-Isenburg
Riemer, Hans-Jürgen	1947	Staplerfahrer	Rastatt
Schlegel, Joachim	1949	Maschinenschlosser	Nordenham
Schwarzfischer, Alfred	1960	Kaufm. Angestellter	Stamsried
Seifert, Dieter	1955	Pädagogischer Mitarbeiter	Heidenrod 6
Sendler, Jürgen	1944	Bogen-Offsetdrucker	Neckargemünd 2
Sic, Anke	1949	Löterin	Paderborn
Wagner, Volkmar	1954	Büroangestellter	Frankfurt am Main
Wallasch, Hans-Dieter	1955	Verwaltungsangestellter	Hungen-Inheiden
Wege, Doris	1958	Sekretärin	Frankfurt am Main
Yakir, Schmuël	1935	Gewerkschaftssekretär	Givatayim (Israel)
Ziegler-Schultes, Hildegard	1959	Verwaltungsangestellte	Kumhausen-Landshut
Zillner, Bernhard	1958	Mechaniker	Hilpoltstein

Die Berufsangabe bezieht sich auf die zuletzt ausgeübte Tätigkeit.